

Abonnement 45 Pfg., monatlich 2,00 M. im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“.

Vorwärts Berliner Volksblatt

Die einseitige Konzentration des Blattes ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkasskonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65.

Die Wirtschaftswaffen nieder!

Zweijähriger Waffenstillstand. — Vorbereitung des Zollabbaues.

W. Schw. Genf, 17. September. (Eigenbericht.)

Die Beratungen des wirtschaftlichen Unterausschusses, an denen Dr. Breitscheid gestern und heute teilnahm, haben zu einer Vereinbarung geführt, die der 10. Vollversammlung vorgelegt wird.

Zollfriedens für zwei bis drei Jahre

fordern, in welcher Zeit keine Zollserhöhungen stattfinden sollen. Die Staaten, die für diese Zeit die Wirtschaftswaffen niederlegen, werden dann aufgefordert, eine Studienkommission einzusetzen, um während des Zollfriedens die wirtschaftliche Organisation der Welt vorzubereiten.

Mit dieser Mitteilung erwidert sich auch das größte Mißverständnis der „Montagspost“, die glaubte, Dr. Breitscheid mit den Vertretern Deutschlands auf den Haager Friedenskonferenzen vergleichen zu sollen.

Labours Kampf gegen den Krieg.

W. Schw. Genf, 17. September. (Eigenbericht.)

Unter dem Andrang von Publikum und Presse beriet der Verfassungsausschuß über den Vorschlag Englands, das Recht auf den Krieg völlig aus dem Völkerbundsstatut herauszuziehen.

Keine Doppelvorlage.

Das Reichskabinett zu den Beschlüssen des Reichsrats.

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit den kommenden deutsch-französischen Saarverhandlungen.

Des weiteren besetzte sich das Reichskabinett u. a. mit den Beschlüssen des Reichsrats zur Reform der Arbeitslosenversicherung. Entsprechend der gestern im Reichsrat gegebenen Zusage sieht das Reichskabinett von der Einbringung einer Doppelvorlage zu dem befristeten Gesetz, das die politisch strittigen Fragen regelt, ab.

Sie wird nur zu dem eigentlichen Regierungsentwurf in einigen Punkten, die bereits gestern im Reichsrat erwähnt wurden, dem Reichstag vorschlagen, die ursprüngliche Regierungsvorlage wiederherzustellen.

Um welche Differenzen es sich handelt, ergibt sich aus den Verhandlungen des Reichsrats. So will der Reichsrat die Sperrfrist bei ungerechtfertigter Ablehnung oder Aufgabe der Arbeit, besonders in schweren (Wiederholungs-) Fällen auf 13 Wochen verlängern, unter Umständen soll die Unterstützung sogar so lange entzogen bleiben, bis eine neue Anwartschaft erworben ist.

Die Pflicht der Arbeitgeber, besetzte Stellen zu melden, hat der Reichsrat gestrichen. Die Regierung will sie beibehalten, wie es auch der Reichstagsausschuß beschlossen hat.

Die Kosten der Spruchkammern will der Reichsrat in vollem Umfang der Reichsanstalt auferlegen. Nach der Regierungsvorlage soll die Hälfte von den Ländern getragen werden.

Nach den Reichsratsbeschlüssen soll die Möglichkeit geschaffen werden, Lehrlingen, die ohne Entgelt beschäftigt sind, oder deren Entgelt unterhalb der niedrigsten Lohnklasse

recht von der Kriegseinschränkung zum Kriegsverzicht vorgeschritten. Es ist nunmehr an der Zeit, die Völkerbundsverfassung dem Kriegsverzichtsvertrag anzupassen.

Jede Bezugsnahme auf den Krieg herauszunehmen und damit den einfachen Grundgedanken, daß der Krieg nicht mehr erlaubt ist, durchzuführen. Was die Sanktionen des Artikels 16 anging, gab er zu, daß formal zwar die Pflicht zur Sanktion erweitert würde, je mehr der Krieg ausgeschlossen ist, aber größer ist die Pflicht der Bundesmitglieder, für die Erhaltung des Friedens gegen den Angreifer zu sorgen.

In der Diskussion hüllte sich Frankreich völlig in Schweigen, wahrscheinlich, weil es den aus dem angelsächsischen Denken ebenso wie der Kriegsverzichtsvertrag entstandenen Vorschlag der englischen Arbeiterregierung für ausgemachten Blödsinn hält.

Gesamtpflicht aller, den Angegriffenen zu schützen. Das neutrale Unbeteiligtsein käme nicht mehr in Frage. Seine Rede, die außerordentlich Eindruck machte, und die nochmalige Intervention Hurts führten zur sofortigen Einsetzung eines Unterausschusses, der die englischen Formulierungen bereits morgen berät.

liegt, keine Unterstützung zu gewähren. Die Regierungsvorlage gewährt dagegen Unterstützung; ebenso hat der Reichstagsausschuß beschlossen.

Schließlich hat der Reichsrat eine Bestimmung angenommen, nach der eine Zwangsetatfinanzierung gegen Gemeinden erfolgen soll, die ihre finanziellen Verpflichtungen in der Krisenfürsorge gegenüber dem Reich nicht rechtzeitig erfüllen.

Das sind die Differenzpunkte, in denen die innerhalb der Regierungen- und Reichsratskreise bestehenden Meinungsverschiedenheiten formal zum Ausdruck kommen sollen. Man verrät kein Geheimnis, wenn man auspricht, daß die formal hervortretende Übereinstimmung in allen anderen Fragen nur durch taktische Notwendigkeiten erzwungen ist, aber nicht auf einer prinzipiellen und überzeugungsgemäßen Übereinstimmung beruht.

Ebenso wenig wie die Sozialdemokratie, ist, soweit zu sehen, irgendeine andere Partei bereit, die Regierungsentwürfe ohne tiefgreifende Änderungen anzunehmen. Unter diesen Umständen kommt den für heute vormittag angelegten interfraktionellen Verhandlungen eine hohe Bedeutung zu. Ob diese Verhandlungen zu dem Ergebnis führen werden, daß die Regierungsparteien in der morgigen Sitzung des Sozialen Reichstagsausschusses auf einer gemeinsamen Linie marschieren können, steht dahin.

Haag und Internationale. Eine Entgegnung auf Vanderveeldes Kritik.

Von Victor Schiff.

Es zeugt von der Gewissenhaftigkeit, mit der Genosse Emile Vanderveelde das Amt des Vorsitzenden der Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale aufsaßt, das ihm neuerdings wieder zugefallen ist, daß er unmittelbar nach der Haager Konferenz öffentlich die Frage untersucht, ob Widersprüche zwischen den Beschlüssen der Internationale in den vergangenen Jahren und den Beschlüssen der Haager Regierungskonferenz, an denen sozialistische Minister mitgewirkt haben, bestehen.

Gerade wer die Ehre, aber auch die schwierige Aufgabe hatte, ein führendes Organ der Sozialistischen Internationale auf der Haager Konferenz journalistisch zu vertreten, wird die Sorgen des Genossen Vanderveelde ganz besonders nachempfinden können; denn die journalistische Arbeit bringt es mit sich, daß man zu den Tagesereignissen unverzüglich Stellung nehmen muß und es sich nicht leisten kann, zunächst eine gewisse Distanz zu dem abgehandelten Gesamtergebnis zu gewinnen und in voller Ruhe und Beschauflichkeit nachträglich dazu Stellung zu nehmen.

Genosse Vanderveelde geht bei seiner Untersuchung von der Frankfurter Resolution vom Februar 1922 aus, die, wie er mit Recht bemerkt, den Rahmen auch für die späteren Resolutionen abgab. Zwischen dieser Frankfurter Resolution und dem Verlangen Snowdens im Haag nach Wiederherstellung des Spa-Schlüssels erblickt er einen Widerspruch. Ich kann ihn, offen gestanden, nicht erkennen.

Aber nachdem der erste Punkt leider unerfüllt bleiben muß, kann man schwerlich von der britischen Arbeiterregierung die Anwendung des zweiten Teiles der Frankfurter Resolution verlangen, auf den der Genosse Vanderveelde vor allem abzielt.

*) Siehe „Vorwärts“ Nr. 423 vom 10. d. M.

englischen Tribut an Amerika, der durch das unfelge Baldwin-Mellon-Abkommen entstanden ist. Für diese englische Zinsen- und Tilgungslast gegenüber Amerika würden die interalliierten Schulden an England um so weniger einen Ausgleich bilden, als England, wie Snowden im Haag mit eindrucksvollen Zahlen nachgewiesen hat, Frankreich und Italien gewaltige Nachlässe gewährt hat. Kann man es unter diesen Umständen der Arbeiterregierung verdenken, wenn sie es ablehnt, die Konsequenzen aus Beschlüssen der Internationale zu ziehen, deren Voraussetzung bis auf weiteres ein frommer Wunsch bleibt.

Uebrigens sind Resolutionen der Internationale, die in einer bestimmten politischen und wirtschaftlichen Situation gefaßt wurden, kein Dogma, an dem auch dann starr festzuhalten ist, wenn sich diese Situation nach Jahren wesentlich verändert hat. Mir scheint aber, daß die Voraussetzungen, unter denen im Jahre 1922 in Frankfurt a. M. der Vorrang, ja die Ausschließlichkeit bei den Reparationen dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete verliehen wurde — wohlgeachtet: immer unter der Vorbedingung einer allgemeinen Kriegsschuldensfreierung — nicht mehr vorhanden sind. Damals waren die zerstörten Gebiete noch ein einziger Trümmerhaufen, England dagegen erschien relativ als das geliebte Land, das vom Krieg verschont geblieben war und dessen Arbeiterklasse im Vergleich zu der deutschen und selbst zu der französischen und belgischen ein aristokratisches Dasein führte. Wer wollte leugnen, daß die Verhältnisse sich seitdem gründlich verschoben haben, daß Frankreich und Belgien heutzutage sozusagen restlos wiederaufgebaut sind, keine Arbeitslosigkeit kennen, geringere Steuern aufbringen, und daß selbst die deutsche Arbeiterklasse (bis auf die allerdings leider noch sehr erhebliche Schicht von Arbeitslosen und Kurzarbeitern) den Vergleich mit der englischen nicht zu scheuen braucht? Wem könnte es entgangen sein, daß das Schicksal von Millionen englischen Berg- und Textilarbeitern zu den düstersten Stellen des wirtschaftlichen und sozialen Gesamtbildes Westeuropas gehört? Daran ist gewiß die englische Bourgeoisie zum großen Teil selbst schuld. Aber die Einwirkung der bisherigen europäischen Reparationspolitik auf diese rückläufige Entwicklung der englischen Wirtschaftslage ist unbestreitbar.

Deshalb vermag ich auch nicht die hartnäckigen Versuche Grahams und Snowdens im Haag, eine Herabminderung der deutschen Sachleistungen zu erzielen, als einen Versuch gegen internationale Beschlüsse anzusehen. Gerade vom Standpunkt der deutschen Arbeiterklasse sind diese Versuche und ihr relativer Erfolg bellagenswert. Aber der objektive internationale Sozialist wird zugeben müssen, daß die englischen Labour-Vertreter im Haag gegenüber der eigenen Arbeiterklasse zu diesen Bemühungen verpflichtet waren. Ich bin nicht einmal ganz sicher, daß darin ein Verstoß gegen die Resolutionen der I. A. liegt, denn danach sollte das System der Sachleistungen „innerhalb der Grenzen seiner Anwendungsmöglichkeit“ angenommen werden, und diese Grenze endet wohl dort, wo dieses System Arbeitslosigkeit und Elend für die Arbeiterklasse eines der beteiligten Länder zur Folge hat.

Ich darf endlich bemerken, daß der Versuch der Arbeiterregierung, den Spa-Schlüssel wieder herzustellen, insofern durchaus unserem internationalen sozialistischen Gesamtziel entspricht, als er sich praktisch fast nur gegen die faktische Regierung Italiens richtet. Diese war fast die einzige Rührherin jener auf der Pariser Sachverständigenkonferenz durch eine rückwärtslose Erpressung Drexlers erzielten Abänderung. Es ist in höchstem Grade bedauerlich, daß die Regierung Frankreichs und Belgiens im Haag mit der durchaus ansehbaren Begründung, daß der Young-Plan ein „unteilbares und unabänderliches Ganzes“ bilden müsse, sich in eine gemeinsame Front mit Italien hineinmanövrieren ließen. Die 37 Millionen Mark jährlich, die Italien in Paris erpreßt hatte, dienen ja faktisch letzten Endes doch nur dazu, die Miliz und die Bodspindel zu finanzieren, die gegen die italienische Arbeiterklasse eine niederträchtige Anwendung finden. Als Sozialist freue ich mich über jede Million, die Snowden schließlich der italienischen Delegation wieder abgerungen hat, und ich bedaure nur, daß es nicht viel mehr sind.

Indessen muß man dem Genossen Wandervogel durchaus zustimmen, wenn er aus diesen jüngsten Ereignissen und Diskussionen den Schluß zieht, daß eine straffere Führung zwischen den sozialistischen Parteien bei der Fassung und bei der Durchführung internationaler Beschlüsse notwendig ist. Er weist auf die Konferenzen und Resolutionen früherer Jahre hin. Aber ich möchte bemerken, daß im Februar dieses Jahres in London eine Zusammenkunft stattfand, an der leider weder er noch Genosse Leon Blum teilnehmen konnten, in der Philipp Snowden mit aller Eindeutigkeit und Rücksichtslosigkeit die Politik angekündigt hatte, die er nun als Schatzkanzler der Arbeiterregierung im Haag befolgt hat. Wer seine damaligen Ausführungen gehört hat, dem wird sein Auftreten im Haag keine Ueberraschung gewesen sein, wohl aber wäre Snowden berechtigt, sich darüber zu wundern, daß sich manche Sozialisten des Auslandes jetzt so erstaunt gezeigt haben.

Die Volkspartei und Preußen.

Sie will in die Preußenregierung — aber will die Arbeitslosenversicherung abbauen.

Die Preußenfraktion der Deutschen Volkspartei hat eine Tagung in Bad Kreuznach abgehalten, auf der die Sehnsucht der Volkspartei nach der großen Koalition in Preußen zum Ausdruck kam. Der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Abg. Stendel, forderte, daß die Partei, wenn sie im Reiche die Verantwortung mittragen müsse, auch in Preußen nicht mehr länger von der Regierung und Verwaltung ausgeschlossen werden dürfe.

Staatssekretär a. D. Kempkes bezeichnete das Kompromiß über die Arbeitslosenversicherung als unannehmbar, es sei die Gefahr einer Reichstagsauflösung vorhanden.

19 Todesopfer in St. Charles.

Noch vier Leichen aufgefunden.

Forbach, 17. September.

Bei den Aufräumungsarbeiten in der Grube St. Charles wurden vier weitere Leichen gefunden. Die Gesamtzahl der Toten beträgt mithin 19. Von den Opfern stammen sieben aus Preußen und dem Saargebiet.

Die Bombenverbrecher in Berlin.

Der Generalstaatsanwalt beantragt gerichtliche Voruntersuchung.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht I Berlin nach Prüfung des Ergebnisses der polizeilichen Ermittlungen nunmehr gegen sämtliche Personen, die wegen der in Berlin und auswärts verübten Sprengstoffattentate festgenommen sind, bei dem Untersuchungsrichter des Landgerichts I Berlin die gerichtliche Voruntersuchung beantragt.

Es handelt sich um 28 Angeeschuldigte, u. a. Timm und die vier anderen seines Kreises Ernst von Salomon, Plass, gegen welche bereits durch den Vernehmungsrichter in Berlin richterlicher Haftbefehl erlassen war, Rickels, Bruno von Salomon, Wesche, Heim, Wöhm und Hamkens.

Die Staatsanwaltschaft legt sämtlichen Angeeschuldigten zur Last, sich zur

fortgesetzten Begehung von Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz verbunden zu haben.

Gleichzeitig hat die Staatsanwaltschaft beantragt, die bereits bestehenden richterlichen Haftbefehle zu bestätigen und im übrigen gegen die Angeeschuldigten Haftbefehl zu erlassen. Der wegen Ueberlastung der übrigen Untersuchungsrichter bei dem Landgericht I Berlin vom Kammergerichtspräsidenten mit Genehmigung des Justizministers noch zum Untersuchungsrichter bestellte Landgerichtsdirektor Majur hat die Bearbeitung der Sache übernommen.

Die richterliche Unterjuchung gegen die Bombenverbrecher ist eingeleitet. Das Geschrei der Rechtspreffe über angebliche Verstöße gegen die Strafprozeßordnung ist verstummt. Der Presse der Rechten schwindet die letzte Hoffnung. Sie hatte sich daran geklammert, daß den Verhafteten nicht alles bewiesen werden könnte.

Tag für Tag hat sie erklärt, daß Zusammenhänge zwischen den Verhafteten in Altona und den Verhafteten in Berlin nicht nachzuweisen seien. Der Vorklaut der Unschuldigung, daß die Angeklagten sich zur fortgesetzten Begehung von Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz verbunden hätten, läßt erkennen, daß sehr schwerwiegendes Beweismaterial für diesen Zusammenhang vorliegt.

Das Geständnis von Hamkens zerfällt vollends die Hoffnung, daß die Organisation des „Landvolk“ nicht hineingezogen werden könnte.

Die Rechtspreffe ist verstummt. Das gerichtliche Verfahren wird nun seinen Gang nehmen, und es ist zu hoffen, daß die Rolle der Hintermänner der Attentate in aller Offenheit vor Gericht klargestellt wird.

Herr Bang schuldigt an.

Der verhaftete Syndikus Dr. Wesche in Iphoe hat mit dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Bang in brieflichem Verkehr gestanden. Einer dieser Briefe ist in der kommunistischen Presse veröffentlicht worden. Herr Bang benutzte diese Veröffentlichung, um den Beamten des Altonaer Polizeipräsidenten Bruch des Amtsgeheimnisses vorzuwerfen und teilt mit, daß er gegen die etwa schuldigen Beamten Antrag auf Strafverfolgung stellen wolle.

Herr Bang besitzt für diese Beschuldigung nicht den Scheitern eines Beweises. Seine Verdächtigung ist ebenso unbewiesen wie jene famose Verdächtigung, die Herr Hiller in die Welt setzte, als er eine Belohnung für den Ausschrieb, der den Nachweis führen würde, daß Beamte der preussischen Polizei selbst die Bomben gelegt hätten.

Die Veröffentlichung des Briefwechsels in der kommunistischen Presse hat inzwischen eine andere Aufklärung erfahren. Wesche hatte vor seiner Verhaftung im Hamburger Vergnügungsviertel Sankt Pauli eine Nacht durchgezogen. Im Suff hat er seine Aktentasche verloren, und die Kommunisten, die sich im Suff mit ihm begegneten, haben sie gefunden.

Die Unschuld vom „Landvolk“.

Der Landvolkführer Hamkens hat gestanden, über die Vorbereitung der Bombenattentate und die Attentate selbst unterrichtet gewesen zu sein. Im Zusammenhang mit diesem Geständnis verdient hervorgehoben zu werden, was das Organ des Hamkens „Das Landvolk“ am Tage nach der Verhaftung seines Protektors schrieb:

„Man hat es gewagt, Hamkens, wohl die hervorragendste Persönlichkeit der Landvolk-Bewegung, zu verhaften. Die Beschuldigungen der Polizei sind so ungeheuerlich, daß eine maßlose Empörung durch unsere Reihen gehen muß. Wir werden nichts unterlassen, um die sofortige Befreiung dieses unschuldigen Opfers einer verrückt gewordenen und hysterisch sich gebärdenden Polizei zu verlangen. Die Verhaftung ist nichts weiter als der vergebliche und erfolglose Versuch, eine zum Sieg schreitende Bewegung zu hemmen. Die Verhaftung uns nachstehender Männer kann nur eine Lösung haben: Freilassung und Entschuldigung von Seiten der Polizei. Wir wollen darauf!“

Die Zeitung „Das Landvolk“ war der Hauptstützpunkt der Bombenverbrecher. Das Geständnis von Hamkens enthüllt die dreiste Verlogenheit der Ehrenmänner, die dies Hegeblatt redigieren.

Volksbegehren gegen Hindenburg.

Es soll geleimt werden. — Die Nationalsozialisten bestehen auf Scheidung.

Der Krach in der Hugenberg-Front ist so groß geworden, daß eine Einigungsstimmung einberufen wird. Die Front muß geleimt werden. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ teilt mit:

„Wie wir erfahren, wird das Präsidium des Reichsausschusses für das „Volksbegehren gegen die Verflaumung Deutschlands“ einberufen werden, um sich mit den Zwistigkeiten zu beschäftigen, die insbesondere durch die Formulierung des Gehegetextes entstanden sind.“

Auf dieser Tagung wird auch über das Verlangen des Reichslandbundes und der Christlichnationalen Bauernpartei, den § 4 des Befehletwurfs (Landesverratsbestimmungen) wieder zu streichen, entschieden werden.“

Diese Entscheidung wird den Herrschften nicht leicht fallen. Hugenberg hat den Landgerichtsdirektor Lohmann bemüht, der zur engeren Hugenberg-Clique gehört, und der hat sich im Schweig seines Angesichts bemüht, mit Hilfe von juristischen Spitzfindigkeiten zu beweisen, daß der § 4 nicht auf den Reichspräsidenten ausgedehnt werden könne. Seine geistige Arbeit aber wird von der „Deutschen Tageszeitung“, die dem Reichslandbund nahesteht, mit einer Handbewegung beiseite geschoben:

„Hinsichtlich der juristischen Verantwortlichkeit dürfte die Auslegung des § 4 durch den Reichsausschuss durchaus vertretbar sein. Schwieriger scheint freilich die Frage hinsichtlich einer politischen und moralischen Mitverantwortlichkeit des Reichspräsidenten zu liegen. Auf die Ausdehnungsfähigkeit des § 4 gehen u. a. ja auch die Bedenken zurück, die namhafte Teile des Reichsausschusses geltend machen.“

Das ist es eben, und die Beweisführung des Herrn Lohmann läuft darauf hinaus, daß Müller und Stresemann für Hindenburg ins Zuchthaus müßten, als die parlamentarisch verantwortlichen Brügelknaben.

Die Nationalsozialisten aber genieren sich nicht vor der Parole: Hindenburg muß als Landesverräter ins Zuchthaus, und sie machen allen Anstrengungen, die Risse in der Hugenberg-Front zu kleistern, prompt einen dicken Strich durch die Rechnung. Der Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachter“, A. Rosenberg, schreibt:

„Wie nun deutschnationale Angstmeier mitteilen, haben sich in ihren und ihnen nahestehenden Reihen bereits wieder allische „Bedenken“ eingestellt. Sie wollen den § 4 weghaben, weil, wie sie den jüdischen Young-Gazetten nachschauen, unter Umständen selbst Hindenburg unter Anklage wegen Landesverrats gestellt werden könnte. Ganz abgesehen davon, daß ja in der Weimarer Verfassung selbst diese Möglichkeit eingeräumt worden ist, sind derartige Stimmen Beweis dafür, daß gewisse Herren doch nicht alle Brücken zur Stresemann-Politik abbrechen wollen. Es sind jene tapieren 50 Proz. Deutschnationalen, die einen Lebenskampf der Nation „mit Zurückhaltung“ führen wollen, bereit, mit einem Bein sofort wieder zurückzuspringen, wenn es brenzlich und ernst zu werden beginnt.“

Diese Leute schmerzt also der § 4, der in sich die Forderung enthält, mit keinem R. d. R. der Deutschen Volkspartei an einem Tisch zu sitzen, solange diese die Young-Politik mit den Parteien des konzentrierten Landesverrats (Sen-

trum, D D B. und S B D.) führt. Das könnten den Generaldirektor oder den geschickten Syndikus Soundso kränken...“

Scheidung! Entschcheidung! so ruft Herr Rosenberg, während Herr Hugenberg sich um Verkleisterung bemüht. Die Haltung der Nationalsozialisten ist von brutaler Offenherzigkeit. Es ist der innenpolitische Sinn des Volksbegehrens, eine Landesverratshege gegen die Parteien zu entfesseln, die sich für den Young-Plan erklären werden. Die wilde, verheerende Agitation, wie sie gegen Erzberger und Rathenau betrieben wurde, soll gegen die Reichsminister der gegenwärtigen Regierung neu belebt werden. Schließlich ist es dabei nur konsequent, daß die Nationalsozialisten diese Hege auch auf Hindenburg ausdehnen wollen, nachdem sie sie in der widersprüchlichen Weise gegen den ersten Reichspräsidenten betrieben haben.

Femeprozeß in der Dunkelkammer?

Es soll vertuscht werden.

Schwerin, 17. September. (II.)

Am 27. September um 9 Uhr morgens beginnt vor dem Schwurgericht Schwerin der Femeprozeß gegen den wegen Anstiftung zum Mord angeklagten Oberleutnant Edermann. Der Prozeß wird aller Voraussicht nach noch am selben Tage beendet werden. Der Prozeß Edermann hängt innerlich mit dem Femeprozeß Boldt zusammen. In diesem Prozeß wurde die gesamte Öffentlichkeit, auch die Presse, wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen und auch allen Prozeßbeteiligten strengste Schweigepflicht auferlegt. Man nimmt an, daß auch im Prozeß Edermann mit einem solchen Ausschluß der Öffentlichkeit bis zur Urteilsverkündung gerechnet werden kann.

Bei dieser „Annahme“ scheint der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein. Alle Gründe für den Ausschluß der Öffentlichkeit in Fememordprozessen sind längst verschwunden. Wer heute noch den Ausschluß der Öffentlichkeit im Fememordprozeß Edermann wünscht, kann nur von dem Bestreben getrieben sein, die viehische Roheit und die besondere Gemeinheit, die die Mecklenburger Fememörder an den Tag gelegt haben, zu verdunkeln.

Es ist allerdings verständlich, daß eine öffentliche Gerichtsverhandlung über diese viehischen Mordtaten manchen Leuten in Mecklenburg sehr unangenehm ist, nachdem Boldt und die übrigen Mecklenburger Fememörder auf Grund eines politischen Handelsgeschäfts mit den Nationalsozialisten von der Mecklenburger Rechtsregierung begnadigt worden sind.

Feldwebel Umhofer endgültig freigelassen.

Hannover, 17. September.

Der aus dem Fememordprozeß bekannte Feldwebel Umhofer, der hier im Gerichtsgefängnis saß, ist am Dienstag morgen aus der Haft entlassen worden. Umhofer mußte sich infolge seiner durch die Zuchthausstrafe zerrütteten Gesundheit in ärztliche Behandlung begeben. Das Wiederaufnahmeverfahren steht bevor.

Die Verfassung wird geschützt!

Parlamentsbeginn in Wien.

Wien, 17. September. (Eigenbericht.)

Die „Reichspost“, das Organ Seipels, droht für den Fall, daß die reaktionäre Verfassungsreform nicht durchgeführt würde, man das Parlament außerhalb Wiens verlegen würde. Der sozialdemokratische Abg. Deutsch äußerte sich zu dieser Frage im Rechnungsausschuß des Nationalrats, bei der ersten parlamentarischen Gelegenheit, wie folgt:

„Wir sind überzeugt, daß, wo immer man das Parlament hindrückt, sich Menschen genug finden werden, die für die Demokratie und für die Verfassung eintreten. Wir sind

fest entschlossen, jeder gewaltsamen Beseitigung der Verfassung unseren schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Alle Redereien von Staatsstreich und Putsch imponieren uns nicht. Sie werden nicht allein auf den Widerstand der Arbeiterklasse, sondern aller anständigen Menschen, aller Demokraten und Republikaner stoßen.

Die bürgerlichen Parteien haben die Geister gerufen, die sie nicht loerwerden. Was von der Heimwehr als Krise der Demokratie bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit nur eine Krise der bürgerlichen Parteien. Wir brüsten uns nicht mit unserer Kraft, aber wir sind uns bewußt, daß wir um so mehr Kraft haben, je mehr wir die Träger des Rechts und die Verteidiger der Verfassung sind.“

Vizekanzler Schumay erklärte unter anderem, eine innere Umwälzung sei nur möglich, wenn alle berufenen Organe zusammenwirkten, wenn alle Gruppen, um die es sich handelte, freiwillig mitwirkten. Leider sei der psychologische Zeitpunkt dafür noch nicht da. Es werde aber in absehbarer Zeit möglich sein, die notwendige Atmosphäre dafür zu schaffen. Schließlich richtete der Vizekanzler einen Appell an alle beteiligten Kreise, der Bewaffnungsdeologie endlich zu entsagen.

Ueberfall in Wien.

Wien, 17. September. (JTA.)

Jüdische Arbeiterdelegierte zum Kongreß der Agudas Israel (Weltorganisation der jüdischen Orthodoxie) in Wien wurden beim Verlassen des Tagungslokals von Hasenfrenzlern überfallen und mißhandelt. Schwere Verletzungen erlitten die Delegierten Jankowicz, Szejacz und Landenberg aus Polen. Sie mußten ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen. Die Polizei verstärkte den Schutz des Tagungslokals und der Umgebung.

Regierungsumbildung in Polen?

Ministerpräsident und Außenminister sollen zurücktreten.

Warschau, 17. September.

Die zu gestern angelegte Konferenz mit den Fraktionsführern hat nicht stattgefunden. Noch den sowohl von der Rechten wie von der Linken eingelaufenen Abgängen war dieses Ergebnis mit Sicherheit zu erwarten, und da der Marschall Pilsudski selbst erst abends aus Sulejow nach Warschau zurückkehrte, so ist bisher auf die letzte Erklärung der Linken, die im Regierungslager als Herausforderung angesehen wird, noch keine Antwort erfolgt. Eine solche wird aber schon in den nächsten Tagen erwartet. Andererseits werden sich in den Sejmkreisen die Gerüchte über eine Umbildung der Regierung vor allem regnen man mit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Smialowski, dessen Nachfolger Oberst Matuzewski (jetzt Finanzminister) werden soll. Weiter wird verlautet, daß der Außenminister Jaleski zurücktreten will und daß für diesen Posten General Sojakowski in Aussicht genommen ist. Mit einer Verschärfung des diktatorischen Kurzes rechnen die Sejmkreise nicht. Falls die Regierung eine frühere Einberufung des Sejms nicht selbst in die Hand nimmt, werden die Parteien der Linken und des Zentrums eine solche Einberufung fordern.

Pilsudski-Leute als Banditen.

Warschau, 17. September. (Eigenbericht.)

Unter der Führung der Abg. Koraczewski und Jawonowski haben die Pilsudski-Anhänger die Polnische Sozialistische Partei von ihrer schädlichen Mitleidenschaft befreit und sich als „Revolutionäre Fraktion“ aufgetan, die freilich ihre eigentliche Aufgabe im Sozialistenkorridor gegen die Sozialisten zu erblicken scheint. Zu ihren vielen Ueberfällen kommt jetzt noch diese Meldung: In der Nacht zum 10. September war bei Bendziszow in der Wojewodschaft Njecz ein Anschlag auf einen Eisenbahnzug verübt worden. Wie das Warschauer Blatt „ABC“ meldet, sollen die polizeilichen Ermittlungen dazu geführt haben, daß als Täter der Vorsitzende und der Vizevorsitzende des dortigen Bezirksverbandes der Regierungen „sozialisten“ verhaftet wurden. Nach ihrem Geständnis hatten sie die Absicht gehabt, den Zug zur Entgleisung zu bringen, um einen größeren Geldtransport für Parteizwecke zu plündern.

Spanische Sozialisten gegen Diktatur.

Eine Ankündigung ihres Führers.

Madrid, 17. September. (Eigenbericht.)

Der Führer der spanischen sozialistischen Partei Largo Caballero kündigte am Dienstag in einer aufsehenerregenden öffentlichen Rede das Ende der Diktatur Primo de Rivera als nahe bevorstehend an. Der Augenblick sei gekommen, wo die Arbeiterklasse Spaniens wieder direkt und aktiv an der Verwaltung des Landes teilnehmen müsse. Während der sechs Jahre der Diktatur sei die Mittelklasse und das Ansehen der sozialistischen Partei bedeutend gewachsen. Er sei überzeugt, fuhr Caballero fort, daß Spanien noch vor 1931 zu einer normalen Regierungsform zurückkehren werde. Die Sozialistische Partei treffe alle Vorbereitungen, um im gegebenen Augenblick in der provinziellen und kommunalen Verwaltung sowie im Parlament die ihr gebührende Rolle zu übernehmen.

Antwort Moskaus an Nanking.

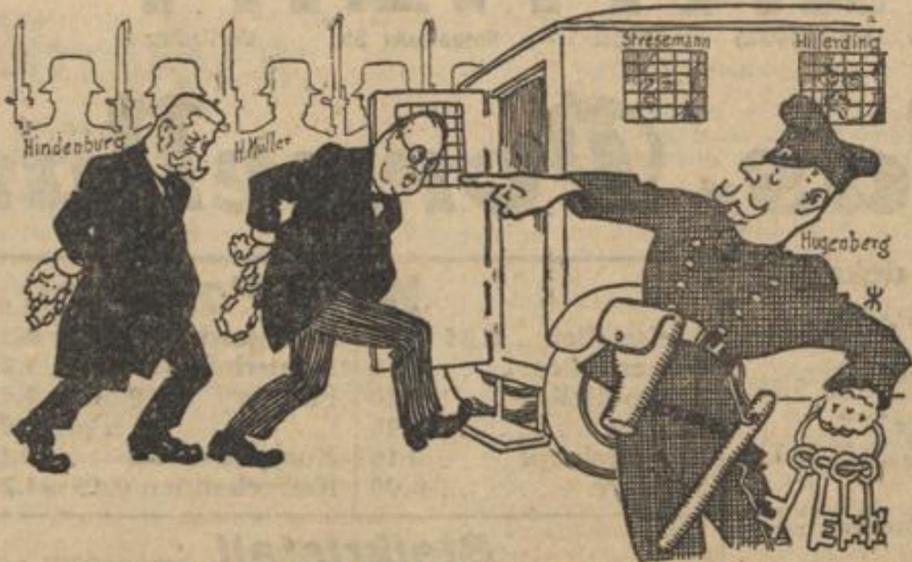
Weitere Verhandlungen zwecklos.

Moskau, 17. September.

Der deutschen Botschaft wurde heute die Antwort der Sowjetregierung auf die Erklärung der Nanking-Regierung vom 9. September sowie auf den weiteren Vorschlag der Nanking-Regierung vom 13. September betreffs der Ernennung nur eines Vizeleiters an der Ostchinesischen Bahn zur Weiterleitung an die chinesische Regierung übergeben.

Hugenbergs Traum.

Nach § 4 des Hugenberg-Beschlusses soll die Regierung die d'm Young-Plan zustimmt, wegen Landesverrats angeklagt werden.



Nach Annahme des § 4 seines Volksbegehrens!

Der Raiffeisen-Scandal.

Wie ihn die Deutschnationalen vertuschen wollten.

Der Untersuchungsausschuß über die Geschäfte der Raiffeisenbank und der mit dem Landbund zusammenhängenden genossenschaftlichen Zentralkasse tritt am heutigen Mittwoch zusammen. Der preussische Staat hat bekanntermassen die auf viele Millionen sich belaufenden Verluste, die durch die Geschäfte dieser Banken mit Gläubigern, Schiebern usw. entstanden, decken und sanieren müssen. Das Fiasko der Raiffeisenbank wurde nun durch einen netzlichen Zufall der Weltgeschichte gerade um die Wende 1924/25 offenbar, als sich die Deutschnationalen zur Ausschlichtung der Barmat-Angelegenheit anboten. Es ist nun interessant, wie die Deutschnationalen als „Reiniger des öffentlichen Lebens“ in dieser heißen Situation verfahren sind. Den Mund voll vom Barmat-Geschrei, trafen sie die strengsten Vorkehrungen, damit die Verluste der Raiffeisenbank in Sachen Kratzeff, Riebs, Schuppe usw., die das Mehrfache der Barmat-Kredite betragen, nicht in die Öffentlichkeit kamen. Der deutschnationale Vizepräsident des Deutschen Reichstags, Abg. Dietrich-Prenzlau, erklärte im Januar 1925 als geschäftsführender Direktor der Raiffeisenbank, nachdem er erstmalig dem Aufsichtsrat von den bis dahin verheimlichten Verlustgeschäften in Höhe von etwa 50 Millionen Mark Mitteilung gemacht hatte, folgendes:

„Jede Ursache, schon allein das Bekanntwerden über einen engen Kreis hinaus, geschweige in der breiten Öffentlichkeit, würde den Tod der Raiffeisenbank bedeuten. Die Angelegenheiten Barmat und Kratzeff hätten die öffentliche Meinung in größte Erregung versetzt. Käme jetzt die Raiffeisenbank dazu, so würde man sie mit Barmat und Kratzeff in einem Atem nennen und würde die Leitung der Raiffeisenbank ungehört verurteilen. Zweifellos würde die Sache auch politisch ausgeschlachtet werden. Damit wäre der Kredit der Bank mit einem Schlag vernichtet und es würde eine uner-

mehliche Katastrophe eintreten. Würde dagegen die Geheimhaltung gewahrt, so übernehme er, Präsident Dietrich, die volle Garantie dafür, daß aus den unglücklichen Konten keinerlei Verluste eintreten werden. Er werde alles daran setzen, die ausgeliehenen Gelder wieder herbeizuholen.“

Der Vizepräsident Dietrich, der deutschnationale Landtagsabgeordnete Seelmann-Eggebert, unterstreichend und unterstützend die Worte seines Kollegen. Zur Beruhigung der Aufsichtsratsmitglieder teilte er noch folgendes mit:

Der russische Emigrant Kratzeff (dessen ungedeckte Kredite sich auf etwa 20 Millionen Reichsmark belaufen, R. d. B.) verlor täglich bei ihm und habe den allerbesten Eindruck gemacht. Er, Seelmann, sei bestimmt der Ansicht, daß Kratzeff seine gesamten Schulden bezahlen würde.

Die Sache blieb geheim. Aber trotz der löblichen Bepreudungen der Herren Dietrich und Seelmann ist bei der Abwicklung der Geschäfte so gut wie nichts hereingekommen. Im Gegenteil: Die Verluste wuchsen auf weit über 60 Millionen Reichsmark. Doch noch wichtiger als dies ist die Heuchelei, die sich in Worten und Gebaren der Deutschnationalen offenbart. Im Barmat-Fall haben sie aus Verbestrafen und mit vollen Baden Böhm geschlagen und hierdurch wirklich erreicht, daß die Verluste der Preussischen Staatsbank weit über das notwendige Maß hinaus wuchsen. Den Böhm aber vollführten dieselben Leute, die ihrerseits in der gleichen Zeit viel schlimmere Verlustgeschäfte getätigt hatten, aber hübsch darüber stillschwiegen. Die Worte des Präsidenten Dietrich zeigen deutlich genug, daß diese scheinheiligen Vorkämpfer gegen Korruption in ihrer eigenen Verhöhnung in derselben Linie jonglieren wie die von ihnen an den Schandplatz gestellten Barmat und Kratzeff!

Der Wortlaut der Antwortnote ist folgender: Gemäß ihrer unveränderlichen Friedenspolitik hat die Sowjetregierung den Vorschlag der chinesischen Regierung zur Unterzeichnung einer gemeinsamen Deklaration bereitwillig angenommen.

Die Sowjetregierung hat in dem von der Nanking-Regierung vorgeschlagenen Deklarationsentwurf lediglich einige absehbare notwendige minimale Verbesserungen und Präzisionen vorgenommen, die aus Punkt 2 des Nanking-Entwurfs (Anerkennung der Mukden- und Bekinger Verträge) hervorgehen. Die Erfüllung dieser, die Verbesserungen enthaltenden Bedingungen betrachtet die Sowjetregierung nach wie vor seit Anbeginn des Konflikts als

elementare Voraussetzung für das Zusammenstellen einer Konferenz.

In ihrer Note vom 9. September hat die Nanking-Regierung die erwähnten minimalen Verbesserungen abgelehnt und somit auch die im Deklarationsentwurf erteilte Zustimmung zur Ernennung eines sowjetrussischen Direktors der Eisenbahn annulliert. Diese im Punkt 3 des Nanking-Entwurfs der Deklaration erteilte Zustimmung könnte nur im Falle einer sofortigen Ernennung eines Sowjet-Direktors und seines Stellvertreters Bedeutung und Sinn haben. Indem die Nanking-Regierung sich jetzt gegen eine sofortige Ernennung dieser Personen ausspricht, zieht sie ihre eigenen Vorschläge zurück und macht eine

Beilegung des Konflikts auf dem Wege eines Uebereinkommens unmöglich.

Den gleichen Sinn, nämlich die Zurückziehung eigener Vorschläge, hat auch ein am 13. September durch den deutschen Botschafter der Sowjetregierung überreichter zusätzlicher Vorschlag der Nanking-Regierung, in dem die Nanking-Regierung an Stelle der Ernennung eines sowjetrussischen Direktors und seines Stellvertreters die Frage der Ernennung nur eines Stellvertreters stellt. Dies steht in offenem Widerspruch sowohl zu den Verträgen von Beijing und Mukden als auch zu Punkt 3 ihres eigenen Entwurfs einer gemeinsamen Deklaration. Indem die Nanking-Regierung die Grundbedingungen der Unterzeichnung der Deklaration und der Führung von Verhandlungen abgelehnt hat, ist die Frage eines Verhandlungsortes gegenstandslos geworden, und die Verantwortung für die weitere Entwicklung des Konflikts fällt voll und ganz der Nanking-Regierung zu.

Nobelpreis für Thomas Mann? Stockholmer „Socialdemokraten“ teilt mit, daß man in Kreisen, die der Schwedischen Akademie nahe stehen, Thomas Mann als diesjährigen Nobelpreisträger der Literatur nennt.

Achtstundentag in Argentinien. Das argentinische Gesetz über den Achtstundentag ist amtlich veröffentlicht worden.

Königstein wird geräumt.

Familienangehörige schon abgereist.

Königstein i. T., 17. September.

Die Räumungsvorbereitungen sind in vollem Gange. Täglich verlassen mit den fahrplanmäßigen Zügen Familienangehörige von Mitgliedern der Besatzung und einzelne Militärpersonen den Ort, um endgültig in ihre Heimat zurückzukehren. Am Freitagabend wird in einem Sonderzug, für den 13 Waggons angefordert sind, das Heeresmaterial abtransportiert. Der Abzug der Truppe selbst ist auf Montag, den 23. September, nachmittags 1.40 Uhr, festgesetzt. Der Abtransport erfolgt in einem Sonderzug, der voraussichtlich direkt nach Antwerpen geleitet werden wird, von wo die Ueberfahrt nach England erfolgt.

Die Organisationskomitees.

Während die Organisationskomitees zur Ergänzung des Young-Planes ihre Arbeiten in Paris bereits aufgenommen haben und man hofft, sie innerhalb von 8 bis 10 Tagen zu Ende zu führen, scheint sich die Einberufung des Organisationskomitees für die Reparationsbank, das ursprünglich am 23. September in Brüssel zusammenzutreten sollte, zu verzögern. Als Grund werden zwar keine grundlegenden Meinungsverschiedenheiten, aber noch bestehende Unklarheiten über Fragen des Verfahrens angegeben.

Adelsgenossenschaft politisch.

Eine Anordnung des Reichswehrministers.

Reichswehrminister Ordener hat auf Grund des § 36 des Wehrgesetzes, der den Angehörigen der Reichswehr und Reichsmarine die Mitgliedschaft in politischen Vereinigungen oder Verbänden verbietet, die Deutsche Adelsgenossenschaft für politisch erklärt. Diese Verfügung des Reichswehrministers bedeutet also für sämtliche Offiziere der Reichswehr und Reichsmarine den Befehl, aus der Adelsgenossenschaft, sofern sie Mitglieder derselben sind, sofort auszutreten.

Der Befehl des Reichswehrministers ist erlassen worden, weil in den Blättern der Adelsgenossenschaft unqualifizierbare Angriffe gegen die Reichsregierung und deren Mitglieder veröffentlicht worden sind und weil die Adelsgenossenschaft sich aktiv an dem Volksbegehren von Hugenberg-Hitler beteiligt.

Oesterreichs Exkaiserin Jita ist mit ihren Kindern aus Spanien in Brüssel eingetroffen, wo sie sich dauernd niederlassen will. Der Kronprinz Otto wird an der Löwener Universität Philosophie studieren, die anderen Kinder werden in Brüsseler Instituten erzogen werden.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

EXTRA-PREISE

Mittwoch bis Sonnabend

Glas, Porzellan, Steingut

Porzellan dekoriert

- Frühstücksservice**
5 Teile, für 2 Personen 1.95
6 Teile, für 3 Personen 3.95
- Kaffeesevice**
9 Teile, für 6 Personen 3.50
5.75
- Kaffeesevice**
16 Teile, für 12 Personen 9.50
30 Teile, für 17 Personen 19.75
- Tafel-service**
45 Teile, für 12 Personen 45.00
77 Teile, für 15 Personen 75.00
- Tafel-service**
77 Teile, für 15 Personen 95.00
105.00
- Tassen**
Goldrand 0.25
Dekor Goldhenkel 0.35
weiß 0.42
- Kaffeegeschirr „Elsa weiß“**

- Kaffeekannen 0.40 bis 1.80
Teekannen .. 0.60 bis 1.60
Milchtöpfe .. 0.10 bis 0.90
Tasse halbhoch 0.28
- Feston Gold**
- Speiseteller tief u. flach 0.45
Dessertteller 0.30
Saucieren ... 0.85 bis 0.95
Platten 0.70 bis 2.45
Tafel-service
20 Teile, für 6 Personen 16.50
- Feston weiß**
- Speiseteller tief od. flach 0.38
Dessertteller 0.25
Kartoffelschüssel .. 2.25
Saucieren ... 0.65 bis 1.15
Salatschalen 0.60 bis 1.65
Platten oval ... 0.70 bis 2.75

Weiß Porzellan mit Fehlern

Speiseteller . 0.25 0.32	Beilageschalen versch. Formen 0.35	Teekannen .. 0.95 1.25
Dessertteller 0.18	Salatschalen . 0.75 bis 1.25	Milchtöpfe .. 0.18 bis 0.35
Kompotteller 0.10	Platten . . oval 0.60 bis 1.45	Tasse 0.18
Terrine 1.90	extra groß 0.95	Butterglocke 0.38
Kartoffelnopf 1.10	Kompottschale 0.10	Brotkörbe versch. Formen 0.38
Sauciere 0.90	Kaffeekannen 0.55 bis 1.25	Schokoladenkanne 0.55

Bleikristall „Sonnenschliff“, mit kleinen Fehlern

Römer farbig reich geschliffen 4.95 Kompottschale 21 cm 4.95 Kuchenteller 29 cm 8.50

Steingut bunt

- Waschgarnitur moderne Farben, 5 Teile 4.25
Tafel-service 23 Teile, f. 6 Person. 5.25 bis 9.75
Platten oval, weiß und bunt 0.25 bis 1.50
Tasse mit Untertasse, Handmalerei 0.45
Frühstücksgedeck 3 Teile, farbig glasiert 0.45
Dessertteller farbig, ca. 19 cm 0.10
Teekanne farbig glasiert, Handmalerei 0.95
Eierbecher elfenbein . . 0.08
Milchkanne farbig glasiert, Handmalerei 0.20
Schüsseln farbig glasiert 0.38 bis 1.10

Steingut bunt

- Blumenkübel elfenbein 0.25 bis 1.25
Blumenschal. 0.55 bis 0.95
Blumenblocks dazu passend 0.28

Bleikristall

- Frühstücksgedeck, mit Sonne
Kompotteller 14 1/2 cm 2.95
Kuchenteller 20 cm 19.50
Kompottschalen 4.95 bis 10.75
Aufsatz 2 teilig 24.00
Kuchenteller 20 cm 10.00

Glas

- Kelchgarnitur „Bonn“** reich geschliffen
- Likörglas 0.45
Portweinglas 0.48
Rotweinglas 0.58
- Einzelne Becher versch. GröÙen 0.09
Bier- u. Teebecher Flanz, gullochiert 0.16
Likörschale glanz ... 0.18
- Preßglasservice „Schleudersiers“**
- Schalen rund 0.30 bis 0.60
Kompotteller 14 cm . . 0.08
Kuchenteller 0.45 bis 0.65

Rosenthal-Porzellan dekoriert

- Gedecke Zweigdekor 1.95 2.85
Mokkatasse Zweigdekor 0.85
Frühstücksservice schöne Muster, 5 Teile 5.75
Mokkaservice 6 Teile 5.50
Kaffeesevice 9 Teile, für 6 Personen 11.75
30 Teile, für 12 Personen 33.00
Tafel-service 23 Teile, für 6 Pers. 41.00
77 Teile, für 12 Personen 135.00
- Serie „Valencia“**
- Speiseteller tief u. flach 1.35
Dessertteller 0.85
Salatieren 2.85 5.00
Platten 2.90 bis 10.75
Kaffeekannen 4.50 bis 6.25
Teekannen .. 4.50 5.70
Milchtöpfe . 1.90 bis 2.50
Zuckerboxen 2.80 2.95
Tasse dünn 1.75
- Glas**
- Kelchgarnitur „Waller“** Leichtschliff
- Bierbecher 0.32
Likörglas 0.35
Portweinglas 0.38
Rotweinglas 0.42
Rheinweinglas ... 0.45
Bowlenglas 0.55
Sektglas groß 0.65

Porzellanvasen bunt, 15 cm 0.48 moderne Fluster 0.95
Porzellan-Schreibzeug 5 Teile, bunt dekoriert 2.45

GroÙe Auswahl in farbig glasierten Vasen, Schalen, Blumentöpfen m. kleb. Fehlern zu besonders niedrigen Preisen

Wirtschafts-Artikel

Nickelwaren

- Tortenplatte moderne Dekore 1.90
Kannenuntersatz .. 0.60
Krümelschaufel mit Bürste, Messing vernickelt 2.75
Kaffeesevice 4 Teile, Messing vernickelt 7.75

Emaile

- Schmortöpfe ohne Ring, grau 0.45 bis 0.90
Kasserollen ohne Ring, grau 0.40 bis 0.65
Zwiebelbehälter .. 0.45
Kehrschaufel 0.45
Eimer weiß, ca. 28 cm 0.95
Wanne rund, weiß, ca. 36cm 0.95

Stahlwaren

- Eßbesteck mit braunem Beckenhelf 0.75
Dessertbesteck dazu 0.70
Eßbesteck mit Ebenholz-Beckenhelf 0.90
Dessertbesteck dazu . 0.85
Eßbesteck mit Ebenholz-Beckenhelf, rostfrei 2.25
Tortenheber im Geschenkkarton 0.75 1.25
Salatbestecke Galalith 0.35 0.40
Obstmesser 6 Stück im Kart. rostfrei 4.25
- Prima Alpaka-Bestecke, beste Markenware**
- Mokkalöffel 0.10
Kaffeelöffel 0.15
Eßlöffel 0.35
Eßbesteck 0.90
Suppenschöpfer .. 1.25
90 Gramm versilbert
- Kaffeelöffel 0.65
Eßlöffel 1.35
Eßbesteck 3.40

Holzwaren

- Gardinenspanner .. 6.50
Gazeschränke .. 10.50 an
Obsthorden 9.00 bis 14.00
Fleischbretter 0.35 bis 1.45

Borstenswaren

- Roßhaarbesen 1.90 2.25
Handfeger . 0.75 bis 1.45
Kleiderbürste 1.25
Teppichhandfeger 0.50
- Teppichbesen 1.25
Möbelbürsten 1.10 1.35
Bürstengarnitur 2 Teile, bunt 1.85
Blankbürsten . 0.60 0.75

Aluminium

- Milchkannen 1 1/2 u. 2 Liter 1.85 2.10
Wasserkessel mit schwarz lackiertem Bügel 16 cm 2.25 18 cm 2.50 20 cm 2.85
Kasserollen mit Holzfuß unbedeckt 12 cm 1.15 14 cm 1.25 16 cm 1.60
Schmortöpfe 5 Stück, mit Deckel 6.90 11.50

Eisenwaren

- Fleischhacker verzinnt 4.50 bis 8.00
Reibemaschinen 1.40 1.65
Brotschneider im Rundmesser 7.50
Fiurgarderobe rein Messing 10.50
Gießkannen rund verzinnt 10 Ltr. 12 Ltr. 14 Ltr. 16 Ltr. 3.90 4.10 4.25 4.50
Handtuchhalter 3 Glasstangen zum Ausschrauben 1.60
Gaskocher 2 Flammen, schwarz 7.50 bis 20.50
Gasherd weiß emailliert, 3 Flammen u. Bratofen 85.00
- Teilzahlung für Gasabnehmer der Berliner Städtisch. Gaswerke
- Transportable Kachelöfen 85.00 95.00 105.00

Blechwaren

- Kartoffelpresse ... 0.90
Tablett Weißblech 0.20
Sahnenschläger v. 0.50 an
Uniersalsiebe 0.45 0.60
Gemüsehobel 0.10
Reibeisen .. 0.10 bis 0.75
Büchse für Kaffee od. Zucker 0.45

Aluminium- u. Emaille-Geschirr mit kleinen Fehlern besonders billig

Waschfässer Zink 9.00 bis 17.50	Waschtöpfe verzinkt, kompl. 3.10 bis 5.25
mit umgebogenem Wulstrand . . 11.75 bis 19.50	Wannen oval, verzinkt 2.35 bis 3.90
Waschzuber Zink 10.75 bis 21.00	Teppichkehrer „Globus“ 8.75
mit Ventil u. Fuß 12.25 bis 22.50	Volksmop getränkt in Blechdose, ohne Stiel 1.15

Elektrische Beleuchtungs-Artikel

Schreibtischlampe Messing mit Seidenschirm 19.50

Schreibtischlampe Messing mit Kartonschirm 6.75

Nachtischlampe mit Seidenschirm 3.90

Bügelampe m. bunt. Seidenschirm 6.75

Herrenzimmerkronen verschiedene Muster 3fl. 19.50 5fl. 27.50

Schlafzimmerbeleuchtung Marmorglas gemu. tert 7.50

Speisezimmerkronen verschied. Muster 27M 32M

Wohnzimmerlampe 49M

- Ständiger Verkauf**
- Geldtasche Leder, mit Moiré-utter 45 Pl.
- Geldtasche feine Lederarbeit mit Lederfutter 3 Abteil., 11 cm lg. 95 Pl.
- Geldtaschen echt Krokodil-m. Saitanleder 1.65 1.25
- Ueberschlagtasche mit Reißschluß, Saitan Mouton-Leder, mit Moiré-Futter, 22 cm lang 5.90
- Reißverschluß-Tasche Saitanleder, mit Ueberschlag und modernen Prägungen, 20 cm lang 8.90

Ein Tag der Katastrophen.

Neues schweres Eisenbahnunglück in Italien.

Messina, 17. September.

Der Schnellzug Messina-Palermo entgleiste an der Einfahrt zum Bahnhof Gesso. Drei Eisenbahnbeamte wurden getötet. Vierzehn Personen, zehn Reisende und vier Eisenbahnbeamte, wurden verletzt. Der Unfall ist wahrscheinlich auf die zu hohe Geschwindigkeit des Zuges zurückzuführen.

Explosion in Tourcoing.

Acht Arbeiter und Arbeiterinnen schwer verletzt.

Paris, 17. September.

In Tourcoing wurden bei einer Explosion in einer Textillfabrik acht Arbeiter und Arbeiterinnen schwer verletzt.

Das Geheimnis um „Boikow“.

Die Seelastrophe der Sowjetflotte.

Stockholm, 17. September.

Telegrame aus Helsingfors halten trotz aller russischen Dementis daran fest, daß die russische Flotte ernste Unglücksfälle bei ihren Übungen in der finnischen Bucht erlitten hat.

Der Kapitän eines finnischen Dampfers sah am vorigen Sonntag zwei russische Flottenabteilungen, die je aus mehreren Schiffen bestanden, die bei sehr langsamer Fahrt zwei Torpedobootzerstörer des „Roist“-Typs bugsierten.

Diese beiden Schiffe schienen sehr stark beschädigt zu sein. Man konnte deutlich sehen, daß sie zusammengestoßen waren.

Die Bugs der Schiffe waren völlig aufgerissen und bis zur Kommandobrücke hinauf zertrümmert. Die Schiffe machten den Eindruck, daß sie im Begriff waren, zu sinken. Auf allen Schiffen der Sowjetflotte wählten die Flaggen auf Halbmast.

Aus Kowal wird gemeldet, daß der Zerstörer „Boikow“, der sich nach dem Zusammenstoß in sinkendem Zustand befand, in der finnischen Bucht vom Sturm überholt wurde und untergegangen ist.

Zwei Arbeiter schwer verletzt.

Schwerer Unfall in einer Ueberlandzentrale.

Lübeck, 17. September.

In der Ueberlandzentrale der Nordwestdeutschen Kraftwerke A.-G. in Herrenwyhl ist heute vormittag ein Hauptrohr der Dampfleitung geplatzt. Zwei Arbeiter wurden schwer, einer leicht verletzt. Durch das Aussetzen der Stromversorgung sind in Lübecker Industriebetrieben erhebliche Störungen entstanden.

Der Straßenbahnverkehr mußte eingestellt werden.

Großer Fabrikbrand in Berlin O.

Zwei Seitenflügel niedergebrannt.

Gestern abend um 22 Uhr wurde die Feuerweh nach der Posener Straße 27 im Osten Berlins gerufen.

In einer Werkstätte des auf dem ersten Hof des Grundstückes befindlichen Fabrikgebäudes, in dem mehrere Möbelfabriken

und Tischlereien ihre Räume haben, war aus noch unbekannter Ursache Feuer ausgebrochen. Die Flammen sprangen auf die anderen Stockwerke über und fanden an Holzern, Werkbänken usw. reiche Nahrung und griffen mit rasender Schnelligkeit um sich.

Die Dachkühle des rechten und linken Seitensüßels, in denen sich die Lageräume befanden, wurden ein Raub der Flammen und brannten völlig aus.

Das Feuer wurde aus zehn Schlauchleitungen größten Kalibers bekämpft. Nach etwa dreistündiger Bösätigkeit war die Hauptgefahr beseitigt. Der Schaden ist sehr erheblich.

Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis lange nach Mitternacht. Ueber die Entstehungursache konnte bisher noch nichts Genaueres ermittelt werden. Es wird aber vermutet, daß Brandstiftung vorliegt.

Bauunglück beim Oppacher Konjum.

Acht Arbeiter verletzt.

Dresden, 17. September.

Am Dienstag vormittag ereignete sich auf dem Neubau der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Oppach (Oberlausitz), die ihre Weberei erweitert, ein schweres Einsturzungsunglück. Aus noch unbekannter Ursache stürzte plötzlich ein großes Vaugerüst zusammen und begrub mehrere Arbeiter unter seinen Trümmern. Fünf schwer- und drei leichtverletzte wurden geborgen.

Wissell an Forgeot.

Beileid zum Unglück auf Zeebe de Wendel.

Reichsarbeitsminister Wissell hat anlässlich des Grubenunglücks auf der Zeebe de Wendel dem französischen Minister für die öffentlichen Arbeiten telegraphisch seine aufrichtige Anteilnahme ausgesprochen.

Die Fahrt des „Graf Zeppelin“.

Begrüßung Edeners.

Hamburg, 17. September.

Der Dampfer „New York“ fuhrte um 15,10 Uhr bei dem Feuerlohn „Eibe 1“ das Luftschiff, das Steuerbord aufstamm und sich in schneller Fahrt und geringer Höhe näherte und dann über der „New York“ kreiste. Den Passagieren, die durch die Dampfpiße des Dampfers an Deck gerufen worden waren, hat sich ein prächtiger Anblick als „Graf Zeppelin“ an Bordbord des Schiffes entlang fuhr, entbot er der „New York“ mit Klagenzuch Willkommen. Dr. Edener landte von Bord des Dampfers aus ein Begrüßungstelegramm an Kapitän Lehmann.

Das Luftschiff entfernte sich hierauf langsam.

Ein Akt der Eifersucht.

Gestern abend spielte sich in der Ballnertheaterstraße ein besonders trauriger Fall der Eifersucht ab. Die Hausangestellte Helena Kolacinli schmitt ihrem Geliebten, dem 29jährigen Andrej Podgarbanjsky, bei einem Zusammensein die Hoden ab. B. wurde in schwerverletzttem Zustande ins Krankenhaus gebracht. Seine Geliebte wurde festgenommen.

Die Bombenattentäter in Berlin.

Ihre Ankunft auf dem Lehrter Bahnhof.

Gestern wurden die 21 in Altona verhafteten Bombenleger nach Berlin gebracht. Ihre Ankunft hatte zahlreiche Neugierige nach dem Lehrter Bahnhof gelockt.

Die Verhafteten waren in Altona gefesselt zur Bahn gebracht worden. In der Bahn wurden ihnen die Fesseln abgenommen. Die Eisenbahn hatte für den Abtransport drei Transportwagen zur Verfügung gestellt, die an den fahrplanmäßigen D.-Zug, der 12,45 Uhr in Berlin eintrifft, angehängt wurden. Für je einen Verhafteten war ein Abteil reserviert, damit sich die Gefangenen unterwegs nicht verständigen könnten. Bei jedem Gefangenen nahmen außerdem noch zwei Kriminalbeamte Platz. Das Eintreffen sollte zunächst streng geheim gehalten werden, allein die weiten Absperrungen um und am Lehrter Bahnhof verrieten allzu deutlich, was geschah. Auf dem Bahnsteig war durch einen Polizeikommandanten der halbe Bahnsteig besetzt. Pünktlich fuhr der Zug in die Halle. Der Polizeimajor, der die Absperrungen leitete, machte allerdings ein verdägliches Gesicht, als er feststellen mußte, daß er gerade an der verkehrten Stelle abgesperrt hatte. Die Wagen waren nämlich nicht hinten angehängt, sondern gleich hinter dem Packwagen einrangiert. Nun gab es zunächst ein wirres Durcheinander: Im Ausschritt rannten die Schuppsbeamten zum Kopfende des Bahnhofs und sperrten alles ab. Die Reisenden waren nicht wenig verwundert, als sie daran gehindert wurden, den Bahnhof zu verlassen. Erst dem energischen Eingreifen des Stationsvorstehers gelang es, die Polizei davon zu überzeugen, daß man doch besser den Abtransport überwachen könne, wenn das Publikum den Bahnhof verlassen habe. Schließlich wurde auch so verfahren. Der Abtransport der 21 Verhafteten dauerte ziemlich lange. Sie wurden, jeder in Begleitung von zwei Kriminalbeamten, vom Waggon bis zum Auto geleitet und sofort fortgebracht. 21 Auto-drohnen waren für diesen Zweck bereitgestellt.

Die Verhafteten hielten sich zum Teil Pakete oder den Hut vor das Gesicht, um nicht fotografiert zu werden.

Eine Begnadigung.

Das preussische Justizministerium griff ein.

Wir teilten vor einiger Zeit mit, daß das Landgericht Eberfeld einen Mann mit Namen Hermann B. aufgefördert habe, eine Reststrafe von sechs Monaten Zuchthaus zu verbüßen. Er war im Jahre 1917 wegen Urkundenfälschung zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er Briefarten gefälscht hatte. Von dieser Zuchthausstrafe hatte B. ein Jahr verbüßt, dann hatte er Bewährungsfrist erhalten. Der preussische Justizminister, den wir zu sofortigem Eingreifen aufgefordert hatten, hat nunmehr den Rest dieser Zuchthausstrafe durch Gnaden-erlaß vom 11. September erlassen.

Zu diesem Fall erfahren wir weiter die folgenden Einzelheiten, die ihn in etwas anderem Licht erscheinen lassen! Vor dieser Beurteilung im Jahre 1917 hatte B. schon zweimal Bewährungsfristen erhalten. Nach der Verbüßung der einjährigen Zuchthausstrafe ist er im ganzen sechsmal wieder zu Gefängnis verurteilt worden, zuletzt zu mehreren Monaten. Zur Zeit, als unser Artikel erschien, verbüßte er noch seine letzte Gefängnisstrafe. Auf Grund dieser Beurteilung sollte die Bewährungsfrist widerrufen werden und B. sollte im Anschluß an seine Gefängnisstrafe den Rest seiner Zuchthausstrafe verbüßen.

Das preussische Justizministerium hat demnach, als es von diesem Fall erfuhr, telegraphisch eingegriffen und durch einen Gnadenakt die restliche Zuchthausstrafe erlassen.

Das Volkshilfsamt Wilmersdorf veranstaltet am Sonntag, dem 22. September, 12-13 Uhr, im Breitenpark Wilmersdorf ein Plakonzert des Wilmersdorfer Männergesangsvereins „Eckitta 1860“ unter Leitung des Chorleiters Wolfstein.

Die Pflasterkästen

von A.M. Frey.

Copyright 1929 by Gustav Kiepenheuer Verlag A.-G., Berlin

Und dann landen sie irgendwo, und dann beginnt das alte Spiel von neuem: sie landen nur, um alsbald wieder fortgeschwemmt zu werden.

Schon ist der Herbst da, er findet sie in Flandern, in einem Dorf, das noch erstaunlich gut erhalten ist.

Soll man hier wenigstens für ein paar Wochen festhalten werden?

Funk hat eine Waschküche mit feuchtem und glitschigem Steinboden zum Quartier. Aber ein großer Holztisch hält sich bereit, auf dem früher Wäsche gebürstet worden ist. An ihm schmiert er tagsüber seine Meldungen, auf ihm schläft er des Nachts. Ein ausgezeichnetes Lager, trocken wie seit langem nicht, wenig zugig, frei von Spinnen und Asseln; man muß nur achthaben, im bleiernen Schlaf nicht herunterzurollen.

Hier ein bisschen zu bleiben, wäre gut. Hinter dem Haus ist ein verwildertes Gärchen. In dem Gärchen lebt eine Ziege. Sie ist angepöckelt, ein Strick läßt ihr Spielraum genug, um zwischen dem schiefenden Unkraut herauszufuchen, was ihr behagt.

Bei dieser Ziege ist Funk manchmal. Wenn er seine rüchständigen Rapporte so satt hat, daß er sie einfach liegen läßt, geht er hinaus zu ihr, legt sich ins Gras und schaut sie an. Ein paar Pfämenbäume, an denen nichts hängt, stehen in der Nähe. Das Tier ist zufrieden, es bannet den Krieg, es verbannt ihn aus seiner Nähe — wenigstens aus dem Umkreis, den es anlaufen kann am Ende des Strickes. Manchmal läuft es spielerisch und neckisch. Es läuft ganz ohne Nutzen, nur so, aus Freude an ein paar Kapriolen. Gibt es das noch — einen postlerischen Sprung, nur um des Sprunges willen? Das junge Tier überspringt den Krieg. Es ist, als könne hier gar keiner sein. Nicht nur die Ziege ist zufrieden, auch Funk wagt für fünf Minuten ein schönes Dasein im Geist.

Es ist förmlich hörbar — denkt er —, wie Herbstsonne stiller scheint als irgendeine andere, selbst als die des Winters — freilich, die weht ja das angriffslustige Gefunkel der alten Kristalle — — da stürzt schlagartig der ganze Himmel herunter, oder zerplatzt er herkend ins Nichts?

Funk wird von einer fauchenden Schattenschand im Genick gepackt und gegen den Boden tief gebeugt. Er sieht nach, wie die Ziege mitten in einem Luftsprung ist, der anseht im Scherz und endet im Entsetzen.

Einen zweiten tut sie nicht. Ein schwirrendes Dröhnen setzt durch die Luft, als werfe sich eine Hornisse von Handgröße maßlos wütend auf einen Gegner.

Der Gegner ist die Ziege, und jene Wut zischt klatschend in sie hinein. Aber ehe Funk dazu kommt, aufzustehen, zwingt ihn ein zweites Gedrüll des Himmels, sich platt auf den Boden zu legen. Wie die Erde zittert, sie wird geschüttelt von Angst! Und wird ein drittes Mal heimgesucht von einer englischen Granate größten Kalibers, wohl eineinhalb Meter hoch und fast einen halben die.

Dann wird es still, nur daß Geläuf und unterdrücktes Geschrei von der Dorfstraße her in den Garten dringen. Funk geht auf die Ziege zu, sie hat einen handgroßen Stahlsplitter in den schmalen Brustkasten bekommen. Die Schnauze zittert, als wolle sie noch Gras erschnuppern. Im goldgelben Aug erlischt ein letzter Schein.

Funk geht hinaus auf die Straße, durch sie rennt ein Häuflein Frauen mit Kindern an den Händen, sie lassen eine dünne Blutspur hinter sich. Als Nachzüglerin läuft eine, die einen Knaben trägt, den sie halb über die Schulter geworfen hat wie einen Sack. Rot bricht es aus großer Halswunde, ein Tor ist da mitten in den kleinen Körper gerissen. An gelblichleuchtenden Armen erkennt Funk den Tod. Die den Toten dahinschleppt, weiß noch gar nicht, wie es steht.

Wohin rennen alle? Haben sie einen alten Heilfunden im Ort?

Werden weitere Granaten kommen? Funk spürt die Straße entlang. Es wird zu tun geben.

Aha, bei der Kirche, hart an der Mauer, hat einer dieser Riesenschiffe eingeschlagen. Die Straße ist aufgerissen, als sei für Kanalarbeiten eine Grube gegraben. In der Nähe dieser Grube hält ein Maschinengewehr, richtiger, halten Reste eines solchen.

Was lebt noch von ihnen?

Funk geht um erstarrte Gruppen von Wagen, Fahrern und Pferden herum. Sie waren wohl auf dem Durchzug, sie

haben nur einen Augenblick hier halten wollen, da hat es sie ereilt.

Irrtum: für die Sanität gibt es hier nichts mehr zu tun. Funk muß an gewisse, unheimlich verrenkte Szenen in den Wachsfigurenkabinetten der Großstädte denken.

Einer sitzt noch auf dem Bod, wie mit betend erhobenen Händen, der Luftdruck hat ihn nach hinten gesippt, die Lehne hält ihn, er ist ganz unwahrscheinlich in der Schwabe, die Fügel führen hinab zu Pferdekadavern. Ein anderer lehnt am Wagenrad und scheint im Stehen eingeduselt gleich einem Betrunknen, die Mühe hängt ihm über die Nase herab. Es liegen halb oder bäumen sich oder hocken die Körper in einer allerletzten Geste, die der Schock konstant gemacht hat.

Zwei Gänse tun, als verankten sie in den Boden. Bei bis zur Brust weggeschlagenen Beinen, die spurlos verschwunden sind, ist es, als fliegen sie hinab in die Erde. Die Leiber sind aufgerichtet, die Hälse gebogen, die Schnauzen stützen sich in den Staub.

Rein, hier ist von einem Duzend Männern und ebensoviel Pferden nichts Lebendiges übriggeblieben.

Lebendige Flammen sind auf dem Marktplatz, dort brennen zwei Häuser. Aber niemand kümmert sich um sie, überhaupt ist niemand zu sehen weit und breit.

Weshalb geht Funk hier einsam umher? Und fürchtet nicht gleich den anderen vor der Möglichkeit weiterer Schüsse?

Er ist zu erschöpft, um halbe Sicherheiten auszusuchen, die von Tag zu Tag weniger sicher werden — ist allmählich ergeben in den Hieb, der immerfort nach Mensch und Tier zielt, ist ohne Schußwillen. Und steht dumpf mitten auf dem Platz vor einem menschlichen Gefäß mit Hofenresten, das durch die Luft hierher geschleudert worden ist.

Ohne Zweifel gehört es hinüber zu jenem Maschinengewehr. Er hebt es auf an einem Stoffteil und trägt es zurück. Er legt's auf einen der zertrümmerten Wagen, als sei es von Wert, wenn alles gut beisammen ist. Weiß er ganz klar, was er tut?

Dann geht er „heim“. Er sieht sich noch einmal die Ziege an. Es hat sich nichts verändert. Ihren Verzicht auf das Umherpringen in der Runde, die der Strick erlaubt, wird sie belbehalten.

Er will ihren Kopf wenden, um zu sehen, ob auch das Auge, auf dem sie liegt, einen solch „medernden“ Ausdruck hat — aber da ereilt ihn der Befehl: Sogleich zusammenpacken, fertig sein in einer Stunde, es geht fort, es geht weiter! (Fortsetzung folgt.)

Wir wollen keine Einzimmerwohnungen!

Eine Zuschrift der Dewog.

Zu den kürzlich von uns gebrachten Ausführungen über die Arbeit der Heimstatt G. m. b. H., erhalten wir von der Dewog, der freigewerkschaftlichen Wohnungsfürsorge-Gesellschaft, eine Zuschrift, die wir wegen ihrer Bedeutung in vollstem Wortlaut abdrucken:

Der „Vorwärts“ hat sich des öfteren in überaus reger Weise auch mit den Fragen des Wohnungsbaues beschäftigt. Die Arbeit der Dewog fand dabei eine erfreulich starke Beachtung, was wir dankbar feststellen konnten. Nun bringen Sie in Ihrer letzten Sonntagnummer eine Betrachtung über die Bestrebungen der Heimstatt G. m. b. H. Diese Gesellschaft hat Kleinstwohnungen in einer Größe von 16 bis 24 Quadratmeter erstellt, die ohne Verwendung öffentlicher Mittel eine monatliche Miete von etwa 53 Mk. kosten sollen. Wenngleich wir auch zugeben wollen, daß es sich hier um einen gut gemeinten Versuch handelt, die Wohnungsnot zu bekämpfen, so erfordert unsere Erkenntnis dennoch eine scharfe Zurückweisung dieser Pläne. Nach unserer Meinung, und das ist auch die Ansicht der freien Gewerkschaften und sozialdemokratischer Wohnungsfachmänner, begibt man sich hier auf einen völlig falschen und überaus verhängnisvollen Weg. Gemauerte Berechnungen haben ergeben,

daß 1 Proz. jährliche Zinsersparnis bei der Finanzierung an Verringerung der Miete für eine Kleinwohnung mehr bedeutet, als eine Verkleinerung der Wohnung um 6-8 Quadratmeter Wohnfläche.

Man darf also bei dem Bestreben, eine tragbare Miete auch für den schlechtbezahlten Arbeiter zu erreichen, nicht die bis zur Grenze des Möglichen gehende Reduzierung der Wohnfläche als Ausgangspunkt nehmen. Es gilt die Finanzierung besser und zweckentsprechender zu gestalten. Mit Recht wurde auf einem der letzten Gewerkschaftskongresse der Ausruf gemacht: „Wir wollen

keine Einzimmerwohnungen mehr! Auch nicht für den einfachsten Proletariat!“ Bestrebungen, wie sie sich in der Arbeit der Heimstatt G. m. b. H. erneut zeigen, sind dazu geeignet, ein Wohnungselend, wie wir es heute überall in den Mietskasernen des alten Berlin finden, für die nächsten Jahrzehnte neu entstehen zu lassen. Es ist gerade der Arbeit fortschrittlicher Wohnungspolitik zu danken, wenn heute die von der Öffentlichkeit ausgehenden Hauszinssteuermittel ebensowenig für Luxuswohnungen, wie auch für derartige Kleinstwohnungen verausgabt werden dürfen. Auch die erst kürzlich vom Wohnungsausschuß des Reichstages beschlossenen neuen Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen sprechen davon, daß gegen Kleinstwohnungen schwerste wohnungspolitische Bedenken bestehen.

Die Dewog führt gemeinsam mit den Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Vertretern in den Parlamenten den Kampf um eine zweckentsprechende Finanzierung der Neubaubwohnungen für die minderbemittelte Arbeiterklasse. Daß es durchaus möglich ist, menschenwürdige Wohnungen auch für den schlechtbezahlten Arbeiter zu erstellen, hat die Dewog bei ihren Großsiedlungen bewiesen. Die Minderbemittelten haben ein Recht sich dagegen zu wehren, daß man sich auf den Standpunkt stellt: „Weil ihr nun einmal so wenig verdient, könnt ihr eben nicht anders wohnen.“ Nein, der Hebel muß anders angelegt werden! Zweckentsprechende, bessere Finanzierung, stärkste Rationalisierung im Baugewerbe, Verteilung der Bauarbeiten auf das ganze Jahr und vor allem größtmögliche Unterstützung durch öffentliche Mittel, sind die Wege, die zum Ziele führen können. In unserer Arbeit wissen wir uns eins mit dem Bestreben der deutschen Sozialdemokratie. Der 17. November wird auch den Funktionären und Mitarbeitern unserer Bewegung Gelegenheit geben, diese Verbundenheit bei den Kommunalwahlen erneut durch die Tat zu bekräftigen.

Wendung im Halsmann-Prozeß?

Günstige Zeugenansagen.

Jansbrud, 17. September. (Eigenbericht.)

Im Verlauf des Zeugenverhörs im Halsmann-Prozeß erklärte der reichsdeutsche Syndikus Dr. Wilhelm Seilentrichen, der Vater und Sohn Halsmann auf ihrer verhängnisvollen Wanderung begegnet war und sie ein Stück begleitet hatte, er halte es für völlig ausgeschlossen, daß der junge Mensch, nachdem er in harmloser Fröhlichkeit gekichert hatte, kurz darauf seinen Vater ermordet hätte. Er selbst habe vor zwei Jahren mit seiner Frau ein ganz ähnliches Erlebnis im Jülicherthal gehabt, bei dem seine Frau um ein Haar in einen 18 Meter tiefen Abgrund gestürzt wäre. Da seine Frau eine Weile vorher scherzhaft geäußert hatte, ihr Gatte würde sich einen Abstieg seiner Frau nicht zu Herzen nehmen, so hätte also auch er leicht in den Verdacht eines Gattenmordes kommen können.

Auch in Briefen des Vereins der jüdischen Akademiker in Dresden und des österreichischen Konsuls in Riga, die der Vorliegende verliest, wird dem Angeklagten ein ausgezeichnetes Zeugnis ausgestellt. Der im Anschluß daran vernommene Gymnasiallehrer Schuß setzt sich ebenfalls mit großem Nachdruck für den guten Charakter des jungen Halsmann ein. Besonders eindrucksvoll sind die Befundungen von Mitschülern und Studiengenossen Halsmanns, in denen seine Hilfsbereitschaft, seine Wahrheitsliebe, seine Selbstbeherrschung und Selbstlosigkeit und sein endloses Verhältnis zu seinen Studienfreunden gerühmt werden. Der Zeuge Wolf, dessen Aussagen den Angeklagten zu Tränen rühren, wechelt, nachdem er geendet hat, mit Erlaubnis des Vorstehenden einen langen, herzlichen Händedruck mit Halsmann.

Eine Rundgebung der Postbeamten.

Die gestern abend vom Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten in den Kammerjahren veranstaltete Rundgebung anlässlich der Eröffnung seines Verbandstages war demnach überfüllt, daß zwei Parallelsammlungen abgehalten werden mußten. Im Mittelpunkt der Rundgebung stand die Rede des Verbandsvorsitzenden Rugler, der sich scharf gegen jede Verdrängung des Berufsbeamtenstandes aus dem Betriebsdienst der Reichspost wandte. Für 7500 im letzten Jahr ausgeschiedene Beamte seien 10 000 Hilfskräfte eingestellt worden, und 161 444 Beamten ständen im Betrieb der Reichspost gegenwärtig 101 234 Arbeiter und Angestellte gegenüber. Von diesen sollen über die Hälfte Beamtenstellen machen.

Eine einstimmig angenommene Entschließung appellierte an die zuständigen Stellen, jede Entlassung der Reichspost von Berufsbeamten zu unterlassen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Republik schloß die imposante Rundgebung.

Die Anklage gegen Christian Stolberg.

Wie verlautet, wird die Anklage gegen Christian Graf Stolberg-Wernigerode auf fahrlässige Tötung lauten. Mit der Anklageerhebung der Staatsanwaltschaft, die die Untersuchung abgeschlossen hat und augenblicklich die Akten prüft, ist Ende der kommenden Woche zu rechnen. Die Hauptverhandlung wird vermutlich nicht vor Anfang November stattfinden.

Berlin empfängt französische Studenten.

Magistrat und Stadtmordene empfangen am Dienstag mittig acht französische Jung-Akademiker der Mission Catholique Universitaire Française zu einem Frühstück im Funkturm-Restaurant. Die jungen französischen Akademiker befinden sich zurzeit auf einer Rundreise durch Deutschland. Obermagistratsrat Dr. Schoenberger begrüßte die Gäste im Namen der Stadt. Namens der Mission Catholique Universitaire stattete Abbé de la Baquerie den Dank der Gäste ab.

Unser neunzigjähriger Genosse Bartel dankt dem „Vorwärts“ für unsere Glückwünsche zu seinem Ehrentag und bittet uns, seinen Dank auch an die Parteigenossen, Parteistatuten, Behörden und Organisationen weiterzuleiten, die seiner gedacht haben. Genosse Bartel will auch weiterhin für unsere gemeinsame Sache fruchtig einleiten.

Die 105. Volksschule — NO 35, Grenzauer Allee 229 — feiert am 23. Oktober das Fest ihres 50jährigen Bestehens. Oberrats Schüler werden gebeten, ihre Anwartschaft am Vortag der Schule — Stellen — als bald mitzuteilen, damit sie zu der Feier eingeladen werden können.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Dienstag, dem 17. September.

1. Rennen. 1. Rosenkranz (B. Preisen), 2. Kohlpohl, 3. Roblitz, 4. Totol, 5. 10. Platz: 18, 27, 45: 10. Ferner liefen: Eisenhagel, Colonna, Redamek, Georgia, Gabel, Wont Dore.
2. Rennen. 1. Ein-orang (Grabst), 2. Cran, 3. Caprin. Toto: 34: 10. Platz: 14, 14, 15: 10. Ferner liefen: Tempy dem, Weikam, Quastler, Mädchenstrau, Auzilo, Larnhelm, Wdhear, Borussia.
3. Rennen. 1. Savonarola (Jehmlich), 2. Cablot II, 3. Fortissima. Toto: 25: 10. Platz: 18, 38, 73: 10. Ferner liefen: Chamberlin, Mollie Rabst, Mädchenard, Fella, Tongola, Gerobias, Gullstrand, Grife, Gaba, Indigo, Urjala, Liebhaber, Winus, Rodwita, Ruppe, Darja, Carine, Flametta.
4. Rennen. 1. Voltmeier (Dannes), 2. Posthalter, 3. Domstall. Toto: 33: 10. Platz: 18, 15: 10. Ferner liefen: Barbar, Peter Sonnenstein, Schneberg.
5. Rennen. 1. Merion (Bleuler), 2. Reichsmark, 3. Maffo d'Arasso. Toto: 68: 10. Platz: 25, 16, 24: 10. Ferner liefen: Udebar, Weikam, Bellana, Osmunda, Strona.
6. Rennen. 1. Blauer Hans (Sajbi), 2. Weiskopfer, 3. Hellg. Toto: 220: 10. Platz: 67, 28: 10. Ferner liefen: Gemma, Antos, Weiskopfer.
7. Rennen. 1. Könige (H. Rupp), 2. Electra, 3. Her auf's. Toto: 111: 10. Platz: 34, 18, 55: 10. Ferner liefen: Junfer, Kauter, Erdgeist, Waurnd, Alke, Die Saar, Rynpfer, Somum, Gella X, Maltrona.



Ein wenig VIM auf feuchten Lappen und eins, zwei, drei sind Ihre Töpfe und Pfannen rein und blank

Paddelbootunglück bei Köpenick.

Eine Frau ertrunken.

Gestern nachmittag ereignete sich auf dem Langen See bei Köpenick ein schweres Paddelbootunglück.

Der 43jährige Kaufmann Max Gejerik aus der Flughafensstraße 62 in Reutlingen hatte mit seiner Wirkschafterin, der 23jährigen Marie v. Ciffewski, einen Paddelbootausflug unternommen. In der Nähe des Restaurants „Wendenschloß“ wollte Fräulein C., wie es heißt, den Platz wechseln. Dabei kenterte das Boot, und die beiden Insassen stürzten ins Wasser.

Während es Gejerik gelang, sich am Boot festzuhalten, ging seine Begleiterin unter und ertrank. Die alarmierte Feuerwehr, die zusammen mit dem Reichswasserfchuh die Unfallstelle absuchte, konnte kurz nach 19 Uhr die Leiche der Ertrunkenen bergen.

Das Mädchen befand sich, wie festgestellt wurde, in höchst mangelhaftem Zustande. Ihre Leiche wurde beschlagnahmt und nach der Köpenicker Halle gebracht. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen.

Das Feuer im Deutschen Dom.

Der Brandschaden glücklicherweise gering.

Das Feuer in der Kuppel des „Deutschen Domes“ am Gendarmenmarkt hat glücklicherweise weniger Schaden angerichtet, als es zuerst den Anschein hatte. Während die Löscharbeiten bereits am Montag in später Abendstunde beendet waren, mußte noch ein Löschzug als Brandwache an der Brandstelle verbleiben. Erst gestern abend kurz nach 17 Uhr konnte die Brandwache, da keinerlei Gefahr mehr bestand, zurückgezogen werden.

Wie die Bauaufsicht der Preussischen Bau- und Finanzdirektion gestern festgestellt haben, ist der Schaden, den das Bauwerk durch den Brand in der Kuppel davongetragen hat, verhältnismäßig gering. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß nur die Verschalung unter der Kupferbedachung, eine doppelte Holzschicht, und die dazwischen befindlichen Dachsparren durch das Feuer stark in Mitleidenschaft gezogen wurden, das komplizierte Dachgebälk jedoch, das die Kuppel und die Bronzefassade auf der Spitze trägt, völlig unversehrt geblieben ist. Der Schaden läßt sich ziffernmäßig noch nicht genau feststellen.

Besonders erleichtert werden die Arbeiten dadurch, daß der Dom bis zur Kuppel herauf mit einer Rüstung umgeben ist, die gleich bei den jetzigen Ausbesserungsarbeiten benutzt werden kann.

Ueber die Entforschungsurache konnte bisher noch immer nichts Einwandfreies ermittelt werden. Mehrfach ist das Gerücht aufgetaucht, daß verbrecherische Hände das Feuer angelegt haben. Die Kriminalpolizei hat nach dieser Richtung hin sofort die notwendigen Ermittlungen aufgenommen.

Kinder in der Kneipe.

Weniger an Wochentagen, aber oftmals an Sonntagen sieht man es: Kinder in irgendeiner Restauration. Nicht in der Großbestille, aber in den „bürgerlichen Familienkneipen“. Die Eltern denken sich nichts Arges dabei; mit einem guten Freunde wollen sie über den Nachbarn, über den Hauswirt oder über die Menschen, die im Seitensügel wohnen, sprechen. Niemand mißgönnt es ihnen. Nur etwas Adri: am Tisch sitzen eben die kleinen Kinder!

Man kann von Kindern nicht verlangen, daß sie stillstehen. Behende und kaum merklich sind sie vom Schemel gerutscht, tollen lachend durch das Lokal — um wieviel enger erscheint ihnen die Wohnung dabei! —, aber es dauert nicht lange, dann ruft sie der Vater auf den Schemel zurück. In der Kneipe sind die Menschen geistiger als zu Hause; wir sitzen hier, denkt mancher Vater, wollen wir dem Jungen oder dem Mädchen auch etwas geben. „Zwei kleine Himbeer, Herr Ober!“

Der ganze Tisch freut sich, so etwas herablassend, wenn die Kleinen die Gläser ausleeren. Bemerkungen fliegen hin und her, „der wird mal gut!“ nicht jemand lachend dazu, und dann sagt der Vater: „Na, Otto, trink' mal die Blume an!“ Und wirklich, die kleinen Kinder trinken und trinken, über den Rand des Glases bilden zwei unschuldige Augen und fragen: Ist's bald genug? Dann nimmt eine Mutter das Glas vom Kindermund fort, aber rings lachen die Männer.

Die Kleinen haben instinktiv gefühlt: Eben waren sie Mittelpunkt und Hauptperson; was schadet es schon, wenn man ihnen heißenden Tabakquom ins Gesicht bläst — so ist es leider.

sie schlucken ihn hinunter und lachen dazu, irgend jemand reißt eine Zote, wir sagten es schon, daß Menschen in der Kneipe anders sind als in der Wohnung, aber die Kinder spüren die Ohren: das wäre morgen etwas für die Schulbank, das kann der Robenmann nicht!

Wir wollen bemerken: Das Abtrinken der Blume, der Tabakquom und das lose Wort, Kinder erfassen, hören und sehen alles und spüren es gesundheitslich und seelisch. Läßt man sie zu Hause, gewiß, da ist der Gashahn, da ist die Streichholzschachtel, Dinge, von denen Kinder die Finger lassen sollen; aber wenn man die Kleinen mitnehmen muß und wenn man kein Glas Bier nicht entbehren kann, ja dann geht doch in ein Gartenlokal und laßt die Kinder unter Bäumen spielen! Sie lernen manches auf dem Asphalt unserer Straßen sowie allzu früh!

Drei Kassenboten überfallen.

86.000 Mark Wertpapiere geraubt.

Zwickau, 17. September.

Am Dienstag vormittag wurde in der Nähe des Gasthofes „Grüner Hof“ an drei Kassenboten des Erzgebirge-Staatsbankrottenvereins ein schwerer Raubüberfall verübt.

Ein Bergbeamter hatte von der Hauptkasse im Verwaltungsgebäude Wertpapiere in Höhe von 86 000 Mark abgeholt, die in einem zweirädrigen Wagen von zwei Arbeitern als Schutzbegleitung transportiert wurden. In der Nähe des Gasthofes traten plötzlich zwei Automobilisten auf die Arbeiter zu, hielten ihnen Revolver vor und kommandierten: „Hände hoch!“ Da in der Nähe keine Hilfe war, blieb den Lieberfallenen nichts weiter übrig, als der Aufforderung nachzukommen.

Die Verbrecher zertrümmerten mit einem Beil den Deckel des verschlossenen Wagens, brachten die Summe in ihr Auto und fuhren unentdeckt davon.

Dahlienschau.

In der Berliner Straße, am Bahnhof Tempelhof, dort, wo man sich mit dem märkischen Sand ringt, um den Verkehr über ihn hinweg und in ihn hineinzuzwängen, ist die gemeinnützige Eisenbahner-Wirtschaftsgenossenschaft. Man tritt auf der Buddel in die Dose, denn reise frische und freundlicher Blumenstempel sind in den Gärten zu sehen. Auf dem Festplatz aber, in Beete eingeseht, um die Blumen nicht dem vorzeitigen Verblühen preiszugeben, ist vom 15. bis 22. September eine Dahlienschau. Sie ist eine wahre Augenfreude, bei der man zugleich feststellt, was zielbewußte Züchter an Form und Farbe aus dieser Blume herauszogen. Alles was Licht, Luft und Wärme zu geben vermögen, strahlt sie in Schönheit und Farbe zurück. In Dahlien und anderen Schnittblumen — und zwar in abgesehenen Einzelstücken — stellen ferner prächtige Ergebnisse aus die Kolonien „Neu-Verder“, „Neu-Tempelhof“, „Guter Wille“ und die Eisenbahner-Wirtschaftsgenossenschaft. Sie alle dürfen stolz sein auf diese Ausstellung. Sie ist eine vortreffliche Werbung für den Kleingarten und unterstützt beispielträchtig die Forderung: „Erhaltet die Kleingärten zum Wohle des Volkes.“

Mit dem „Sturmvogel“ über dem Schillerpark.

Kurz nach 3 Uhr startete am Sonntag die erste Maschine des Sturmvogels, um die im Schillerpark versammelte Arbeiterjugend zu begrüßen. Bald tauchten die grünen Flächen des Parks unter uns auf. Und plötzlich sahen wir es ausleuchten zwischen dem Grau der Häuser. Man sieht rote Fahnen, blaue Blüten. Die Arbeiterjugend formiert sich zum Abmarsch. In allen Straßen stehen Menschen, die auf des Herannahenden Zuges warten. Die Maschine senkt sich. Die im Schillerpark stehenden Zuschauer winken herauf. Noch ein kurzer Blick auf die herannahende Jugend, die Maschine wendet und braust nach Tempelhof zurück.

„Schneewittchen“ im Rose-Theater. Bei vollbesetztem Haus gab das Rose-Theater die erste Märchenvorstellung. Zur Ausführung gelangte „Schneewittchen und die sieben Zwerge“. Mit großer Begeisterung verfolgten die kleinen Besucher die Vorgänge auf der Bühne. Die Vorstellung wurde den Kleinen zu einem Fest der Freude. Jedoch hörte man auch ein Schluchzen und Weinen, als Schneewittchen in den vergifteten Apfel biß und der Teufel die böse Stiefmutter holen kam. Von den Darstellern kann man wohl behaupten, daß sie alles taten, um die Kleinen fassen im Bann zu halten. Die erste Märchenvorstellung war für das Rose-Theater ein großer Erfolg!

Besteuerung öffentlicher Betriebe.

Die Demokraten eröffnen den Wahlkampf.

Die Demokraten haben den Kampf um die am 17. November stattfindenden Gemeindevahlen auf einem sogenannten Preuentag mit der Erörterung ihres Kommunalprogramms eröffnet. Hauptredner waren der preussische Finanzminister Höppler-Archoff und der preussische Handelsminister Schreiber. Sie machten sich ihre Aufgabe außerordentlich leicht. Der sich heute nur eine Versammlung von Mittelständlern stellt, gegen den öffentlichen Betrieb weilt und eine verschärfte Besteuerung dieser Betriebe verlangt, kann des Beifalls dieser Versammlung sicher sein. Das haben die beiden genannten Minister auf dem preussischen Demokratentag getan.

Wir wollen zugeben, daß die Last der Realsteuern Gewerbe und industriellen Mittelstand stark drückt. Auch in den Erwägungen und Überlegungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die kommende Reichsfinanzreform steht der Gedanke, hier Erleichterungen zu schaffen, mit an erster Stelle. Was die steuerliche Behandlung der Gemeindebetriebe aber damit zu tun hat, ist nicht ersichtlich. Die Demokratische Partei zeigt hier einen Weg, auf dem man schließlich zum Gegenteil kommt; mußte doch der preussische Handelsminister Schreiber in seinem Schlusswort zugeben, daß eine Vollbesteuerung der öffentlichen Betriebe notwendigerweise zu einer Erhöhung der Gewerbesteuer führen werde.

Warum, so fragt man sich, aber die demagogischen Forderungen? Die Antwort liegt auf der Hand. Auf dem Preuentag der Demokraten erhoben, was viel bemerkt wurde, mehrere Diskussionsredner die Forderung, bei den bevorstehenden Kommunalwahlen

die Grenze gegenüber der Sozialdemokratie

schärfer zu ziehen. Die Väter des demokratischen Kommunalprogramms glauben anscheinend, dem am besten dadurch Rechnung zu tragen, daß sie dem mittelständlerischen Radikalismus hemmungslos Konzessionen machen und aus dem geistigen Arsenal solcher Kreise agitatorische Darlehen aufnehmen, deren Kommunalpolitik noch nie etwas anderes war als schlimmste Richturmpolitik.

Es klingt im ersten Augenblick überzeugend, wenn der preussische Handelsminister Schreiber sagt, wer als öffentlicher Betrieb nicht den Mut aufbringe, dieselben Steuern zu zahlen, wie die privaten Unternehmungen, stelle sich selber damit das Zeugnis der Minderwertigkeit aus. So liegen die Dinge nicht. Das bestätigt dem demokratischen Handelsminister die demokratische „Frankfurter Zeitung“, die im Anschluß an Schreibers Ausführungen betont, „daß im Fall der steuerlichen Gleichstellung die öffentlichen Betriebe zuvor von manchen anderen Leistungen, vor allem auf sozialem Gebiet (Beispiel: Die Tarife der Straßenbahn) befreit werden müßten, damit eine wirklich brauchbare Vergleichsbasis zur Ermittlung der wahren Leistungsfähigkeit der öffentlichen Betriebe vorhanden wäre“. Damit wird der Regel auf den Kopf getroffen. Würden sich die privaten Unternehmungen verpflichten, ihre Produktion und Leistung zu den angemessenen Preisen der öffentlichen Betriebe abzugeben, dann könnte man über die Frage einer schärferen Besteuerung des öffentlichen Betriebes debattieren. Solange die öffentlichen Betriebe aber soziale Aufgaben zu erfüllen haben, solange sie Hilfsindustrien im Interesse der Gesamtwirtschaft sind, sind Ver-

gleichungen und Forderungen, wie man sie leider auf dem demokratischen Preuentag erleben mußte, unangebracht.

Eine schärfere Besteuerung des kommunalen Regiebetriebes wäre

ein Schlag gegen die Gesamtwirtschaft.

Nach dem Gesetz sind die Gemeinden verpflichtet, für die Beschaffung gesunden Trinkwassers zu sorgen; für die Industrie haben sie das von dieser benötigte Wasser heranzuschaffen. Dafür müssen zahlreiche Gemeinden und Gemeindeverbände mit Hilfe der Länder eine großzügige Wasserversorgung mit kostspieligen Talsperrenbauten durchführen. Diese Leistung im Interesse der Gesamtwirtschaft fordert ungeheure Summen. Ähnlich liegen die Dinge auf dem Gebiet der Gasproduktion, wo teure Neuanlagen notwendig sind, um die Gasversorgung endlich mal auf eine moderne Grundlage zu stellen. Auf der Elektrizitätswirtschaft der öffentlichen Hand beruht zu gutem Teil der seit 1924 vollzogene Aufbau unseres Wirtschaftslebens. Die Umstellung der deutschen Landwirtschaft auf eine höhere Rentabilität, von größter Wichtigkeit für eine günstige Wirtschaftsentwicklung für Jahrzehnte, ist nur mit Hilfe der Elektrizität, der weichen Kohle möglich. Alles hängt aber davon ab, ob die Gemeinden die genügenden Kapitalmassen dafür aufbringen können. Die Kapitalmärkte sind klein. Demzufolge sind sie auf die Verwendung der Ueberflüsse, die bei den privaten Gesellschaften an die Aktionäre verteilt werden, angewiesen. Drosselt man diese Ueberflüsse durch Steuerverschärfung, dann ergeben sich die Folgen von selbst.

Können die städtischen Straßenbahnen nicht mehr zu den alten Tarifen fahren, müssen sie ihre Preise den Forderungen der Privatunternehmungen anpassen, dann bedingt das wohl ohne Zweifel Vohnerhöhungen. Schon das kann dem kleinen Geschäftsmann nicht gleichgültig sein, denn das Geld, das der Arbeiter für die teure Fahrt bezahlt, kann er ja nicht zum Kaufmann tragen. Aber die Dinge haben auch sonst noch einen Haken. Auf dem demokratischen Preuentag teilt Minister Schreiber mit, daß die Gemeinden heute schon durchschnittlich

18 Proz. ihres Zuschußbedarfs aus Betriebsüberschüssen

decken. Ohne Zweifel ist hier die Grenze erreicht. Unvorhergesehene Belastungen, z. B. in Köln im Anschluß an das Pressedikt, führten unmittelbar zur Erhöhung der Energiepreise. Würde man nun den öffentlichen Betrieb voll besteuern, so könnte er nur geringere Summen an die Gemeinden abführen. Im Gemeindehaushalt entstünde ein Loch, das man in den meisten Fällen nur durch Erhöhung der Realsteuern stopfen könnte. Die schärfere Besteuerung des öffentlichen Betriebes führt also direkt zu einer Verschärfung der Realsteuern. Beide sind organisch verbunden.

Der preussische Handelsminister hatte eine selten klare Erkenntnis, als er auf dem Preuentag seiner Partei zugab, daß die Gewerbesteuer infolge einer schärferen Betriebsbesteuerung steigen müsse. Er hätte dieser Erkenntnis noch die nötige Selbsterkenntnis folgen lassen und gestehen müssen, daß man so, wie sich der demokratische Preuentag es denkt, keine Kommunalpolitik macht.

Enttäuschung auf dem Baumarkt.

Wie die Bauarbeiter die Lage beurteilen.

Die Entwicklung des deutschen Baumarktes im laufenden Jahr und die gegenwärtige Lage sind jetzt von der Gemertschaft der Bauarbeiter, dem Deutschen Bauergewerband, in einem eingehenden Bericht zusammengestellt worden. Danach hat die Bauwirtschaft in diesem Jahre auf keinem Gebiete den Stand des Vorjahres erreicht. Die Verhältnisse auf dem Kapital- und Realcreditmarkt (Pfandbriefabsatz) sowie der Stand der öffentlichen Finanzen waren so gespannt, daß die Bautätigkeit im allgemeinen erheblich eingeschränkt werden mußte.

Am stärksten prägte sich dies beim industriellen Hochbau aus. Nach der Statistik der Bauten waren die Arbeitsmöglichkeiten auf diesem Gebiet in weitaus größerem Umfang als im Vorjahr auf die Fertigstellung von Bauten beschränkt, die noch aus dem Jahre 1928 übernommen waren. Die Inangriffnahme neuer Bauten wies noch im Monat Juni einen Fehlbetrag von rund 22 Proz. auf. Doch die Zahl der Bauerlaubnisse in günstigerem Verhältnis zu 1928 steht, ist für die Beschäftigung der Bauarbeiter nicht entscheidend. Im übrigen ist die Zahl der unangenehm genutzten Bauerlaubnisse Monat für Monat erheblich höher gewesen als im vergangenen Jahr. Ueber die Zahl der öffentlichen Bauten läßt sich noch nichts abschließendes sagen, da der Nachweis über den Umfang der Bauprojekte erst seit einigen Monaten geführt wird.

Ersichtlich besser scheinen die Verhältnisse im Wohnungsbau zu liegen. Doch warnt der Bauergewerband davor, die Wohnungsbautätigkeit nur nach den monatlichen Baustatistiken zu beurteilen, da in diesen Aufstellungen immerhin nur 90 Groß- und Mittelsstädte erfaßt seien, auf die schließlich nicht mehr als ein Drittel der Wohnungsbautätigkeit im Reich entfällt. Es bestehen immerhin gewichtige Gründe zu der Annahme, daß der Wohnungsbau in den kleineren Gemeinden im Laufe dieses Jahres erheblich stärker gegen 1928 zurückgeblieben ist als in den größeren Kommunen.

Im ganzen gesehen hat also, nach der Zusammenstellung des Deutschen Bauergewerbandes zu urteilen, die Bauwirtschaft 1929 stark enttäuscht. Auf die Ursachen dieser unerfreulichen Entwicklung haben wir wiederholt hingewiesen. Sie hängen in erster Linie mit den finanziellen Schwierigkeiten der deutschen Kommunen zusammen, denen der ausländische Kapitalmarkt immer noch verschlossen ist, und zum anderen mit den Schwierigkeiten auf dem Realcreditmarkt, die durch den sich mühselig dahinschleppenden Pfandbriefabsatz deutlich gekennzeichnet werden.

Weitere Entlastung der Reichsbank.

Der Stand in der zweiten Septemberwoche.

In der zweiten Septemberwoche hat die Entlastung der Deutschen Reichsbank sich weiterhin kräftig fortgesetzt. Die gesamte Kapitalanlage ging um 258,4 auf 2404,7 Millionen zurück. Die Entwicklung in den beiden letzten Wochen entspricht also derjenigen in der entsprechenden Zeit des Vorjahres ziemlich genau. Der Wechselbestand ging um 232,9 auf 2230,6 Millionen zurück, während sich die Bestände an Reichsschatzwechseln gleichfalls erheblich um 28,3 auf 17,2 Millionen verringerten. Die Zunahme der Lombardkredite (Bedarfsdeckung gegen Pfandhinterlegung) um 3 auf 55,2 Millionen hielt sich in sehr engen Grenzen.

Einzelhandel mehr denn je, seine Vorratslager kein zu halten. Heute wird erst zu Beginn der Saison eingelaufen, wenn der Bedarf drängt und nicht, wie früher, schon vor der Saison.

Kommt zu all diesem noch überraschender Modewechsel oder ein größerer Spekulationsfehlschlag hinzu, dann wird in heutigen Zeiten selbst die Finanzkraft aller Häuser erschüttert. Dies trifft natürlich in erster Linie die rückständig gebliebenen Betriebe, die sich auf den Vorbeeren der Vorkriegszeit ausruhen und zu allem Uebel sich auch noch mit teuren Bankkrediten belastet haben.

Es wäre aber völlig verfehlt, die allgemeine Lage der deutschen Konfektion als katastrophal hinzustellen, wie dies in der bürgerlichen Presse in der letzten Zeit des öfteren geschehen ist. Die maßgebende Fachzeitschrift der Konfektion, „Der Konfektionär“, bemerkt zu den letzten Zusammenhängen sehr treffend:

... Die wahre Lage der Konfektion ist so, daß sie in wenigen Sähen kurz umschrieben werden kann. Wirtschaftsdpression im Inlande drückt die Kaufkraft des Einzelhandels und veranlaßt ihn zu vorsichtiger Disposition. Die Folge ist Ausfall der geregelten Stammlieferungen, dafür non-der-Hand-in-den-Rund-Käufe je nach dem notwendigsten, sofortigen Bedarf. Weitere Folge: Unmöglichkeit für die Lieferanten, ihre Betriebe laufend und gleichmäßig auf Grund vorliegender Aufträge zu beschäftigen. Statt des festen Auftragsverkehrs zu Saisonbeginn laufende, dafür aber auch kleinere und kleinste Nachbestellungen, „möglichst sofort vom Lager lieferbar“.

Die geringe Kaufkraft des Einzelhandels, auf die „Der Konfektionär“ richtig hinweist, ist aber wiederum nur eine Folge davon, daß es dem Einzelhandel immer schwerer wird, die Ergebnisse der Konfektion in die Massen hineinzupumpen. Die Preise liegen zu hoch! Die Massen können sie einfach nicht bezahlen. Man sucht irgendetwas nach Auswegen und kauft sich Schnittmuster und Schneider selbst. Das mag kein Schaden für die Textilindustrie sein, aber es ist ein Schlag für die Konfektion. Dies ist sicherlich keine willkürliche und unbegründete Bewegung der Kaufkraft. Sie wird durch die teuren Preise der Konfektion einfach erzwungen. So wirkt sich der Mangel an Kaufkraft aus und die Sucht, die Profitraten in schwindelnder Höhe zu halten.

In der Konfektion zeigt sich, was gedrohte Kaufkraft für die Betriebe bedeutet. Die Konfektionskrise ist ein neuer Beweis dafür, daß sich gute Konjunkturen nur auf harter Kaufkraft und hohen Löhnen aufbauen können. Zweifelloser muß die Konfektion auch noch bereinigt werden, soweit Absatz und Produktionstechnik in Frage kommen. Entscheidend ist das aber nicht allein, solange die Massen nicht in der Lage sind, kaufen zu können.

Abschluß des Dierig-Konzerns.

Die alten Klagen im Geschäftsbericht.

Der größte Textilkonzern im Zentrum des schlesischen Textilindustriengebietes, die Christian Dierig K.G. in Oberlangensiefel, veröffentlicht jetzt als Aktiengesellschaft ihren ersten Geschäftsabschluss.

Natürlich ist der Ton dieses Geschäftsberichtes der Verwahrung, dieses größten Konzerns in der Baumwollverarbeitung, auf eine sehr pessimistische Tonart abgestimmt. Trotz der sehr geringen Verbesserungen, welche die verarbeitete Baumwollarbeiter-Gesellschaft in Schlesien sich im letzten großen Arbeitskampf erringen konnte, wird die Vohnerhöhung, die sich richtig erst im nächsten Jahr auswirkt, jetzt schon von der Konzernverwaltung zu einer kräftigen Polemik benutzt.

Auch der deutsch-französische Handelsvertrag wird, wie in der Baumwollindustrie üblich, auf das Heftigste angegriffen. Es ist das alte Lied der Baumwollunternehmer, das man von der Dierig-Verwaltung hört: Bohndruck und Zollschranken. Doch die besonders schwierige Lage der schlesischen Betriebe nicht zum wenigsten auf das Schuldkonto der Unternehmer fällt, will man natürlich nicht einsehen. Selbstverständlich war es in der Vorkriegszeit bequemer, aus den regelmäßigen großen Heeresaufträgen laufend hohe Gewinne herauszuwirtschaften, als sich jetzt in einer Zeit durchzusetzen, in der eine schwere Baumwollkrise in der ganzen Welt herrscht.

Als Rohgewinn wird in dem letzten Geschäftsjahr ein Betrag von 6,6 Millionen ausgewiesen, von denen der sehr hohe Betrag von rund 2,3 Millionen für Abschreibungen abgeht. Nach Abzug der weiteren Unkosten, Steuern und Abgaben werden rund 387 000 Mark als Reingewinn ausgewiesen. Die Anlagen des gesamten Konzerns umfassen u. a. 60 000 Spindeln und 3500 Webstühle.

Deutsch-französischer Wirtschaftsverkehr

Große Zunahme der französischen Käufe.

Eine sehr bemerkenswerte Entwicklung hat der deutsch-französische Warenverkehr im ersten Halbjahr 1929 genommen. Nach dem Aussweis der französischen Zollbehörden ist die französische Einfuhr aus Deutschland in dieser Zeit gegenüber dem ersten Halbjahr 1928 um 2,17 auf 3,02 Milliarden Franken, also um rund 43 Proz. gestiegen. Die deutsche Einfuhr aus Frankreich ging dagegen um rund 20 Proz. von 2,9 auf 2,3 Milliarden zurück. Während im letzten Jahr Frankreichs Handelsbilanz für den Warenverkehr mit Deutschland noch mit fast 600 Millionen für Frankreich aktiv war, hat sich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres das Bild derart verschoben, daß das erste Halbjahr 1929 mit einem Ueberfluß für Deutschland von rund 690 Millionen Franken abschließt. Deutschland hat damit Großbritannien als Einfuhrland nach Frankreich überflügelt und steht jetzt an zweiter Stelle hinter den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Diese mühseligen Ziffern zeigen klar und deutlich, welchen Wert der deutsch-französische Handelsvertrag vom August 1927 für die gesamte deutsche Wirtschaft besitzt. Die sinnlosen Forderungen einiger Interessentengruppen, besonders der Baumwollindustriellen, den deutsch-französischen Handelsvertrag zu kündigen, erscheinen daher einfach undiskutabel.

Frankfurter Mühlenbau- und Industrie-K.G. auf beschl. Der große Frankfurter Maschinenkonzern, die Mühlenbau und Industrie K.G. hatte in den letzten Jahren eine so stabile Konjunktur gehabt, daß sie ihre Dividende auf den hohen Stand von 10 Proz. festlegen konnte. Die gegenwärtige Geschäftslage wird als noch günstiger bezeichnet als im Hochsommer 1928. So ist der Abschluß bisher schon höher gewesen und auch der vorliegende Auftragsbestand ist bedeutend größer als im Vorjahr, so daß volle Beschäftigung der Betriebe bis zum Jahresende gewährleistet ist. Dennoch dürften auch die Gewinne bei diesem Konzern nicht hinter einer 10prozentigen Dividende zurückbleiben.

Holländische Aufträge für den Stahlwerk. Die Vereinigte Stahlwerke K.G. in Düsseldorf haben von Holland mehrere große Aufträge für die Lieferung von Eisenkonstruktionsmaterial erhalten.

Verantwortlich für Inhalt: Reichs-Verwaltung: Reichsamt: G. Klingelstein; Gewerkschaftsvereine: J. Seiner; Redaktion: Dr. Hans Schimmler; Verleger: Walter Koenig; Druck: Koenig, G. & Co. in Berlin; Verlag: Parvatis-Verlag G. m. b. H., Berlin; Foto: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt; Paul Simon u. Co., Berlin; 53 48; Einb.-Verlag: J. Langs als Verleger, Unterhaltung und Wissen und „Stahlverlag“.

Grete Pauly: Zehn Mark

„Willst du morgen fimen, Willi, und zehn Mark verdienen? Ich habe nämlich zwei Nachtaufnahmen, und da muß ich bei Tage ausschlagen. Du kannst meinen Zettel haben, aber sag' niemandem, daß du das erstmal fimmst.“

„Ja, aber —“
„Du guckst einfach zu, was die anderen machen, und dann machst du es eben nach. Ganz einfach. Also sei pünktlich. Um acht beginnt's.“

Herrlich, fimen! Die Großen ganz aus der Nähe betrachten, mitten dürfen, ein Zeichen sein ihrer Arbeit. Und dann — zehn Mark. Der erste Verdienst seit vielen Wochen. In dieser Nacht schlief Willi nicht vor Aufregung, sie könnte die Zeit verpassen. Lange ehe die anderen kamen, stand sie vor dem Restaurant, in dem sich die Statisten versammelten.

Am Eingang sahen zwei Burschen, Willi mußte ihren Zettel vorweisen und man schrieb eine Nummer darauf. Nach und nach kamen sie an, setzten sich an Tische, tranken Kaffee. Dann holten emige aus ihrem Handlässerchen Schminke und begannen langsam und andächtig das Gesicht zu bemalen. Die Wimpern wurden geschwärzt, die Augen nachgezogen, die Lippen zu einem Ruhmüschgen geschminkt. Die meisten konnten einander. Man rief herüber und hinüber, wechselte die Plätze. Sie fühlte sich ausgeschlossen aus diesem Kreis.

Ein dicker Mann rief durchs Megaphon: „Nur die Reihen 1 bis 6 schminken, die übrigen können so bleiben.“ Jeder sah nach der Nummer, die auf seinem Zettel vermerkt war. Aber auch die, die „so bleiben“ konnten, schminkten sich. Man konnte ja nicht wissen, vielleicht wurde man vom Regisseur bemerkt, kam zu einer Großaufnahme. Man mußte gewappnet sein. Wertwüdig sahen sie aus mit den bleichen Masken, den hochroten Lippen, schwarz umrandeten Augen. Willi drängte sich unwillkürlich die Erinnerung an Mumien auf, die sie einmal im Museum gesehen hatte. Wie gemalte Leichen, dachte sie. Was sollte der Mann da vorne schon wieder? „Alles in den Zuschauertraum zur Aufnahme. Plätze einnehmen.“

Willi sah zwischen einer Frau in blühendem Ballettentkleid, mit hochrot gefärbtem Haar, und einem blonden Jungen in Smoking. Wie fein er aussieht, dachte sie, gar nicht wie ein Statist.

Die Scheinwerfer werden postiert. Der Operateur guckt durch den Apparat. „Rein — auf einen anderen Platz. Rein — doch wieder zurück. Alles bereit zur Aufnahme!“ Der Regisseur, ein kleiner, beweglicher Franzose, erteilt seine Anweisungen. Der Hilfsregisseur macht den Dolmetsch. „Der Herr in Reihe 8, nein, nicht Sie, der andere neben der Dame in Grün, bitte zwei Reihen nach vorne neben die Dame in Rot. So!“ Der große Filmschauspieler ist jetzt auch dazugekommen. Er sieht ganz anders aus als auf den Filmfotos. Willi ist ein bißel enttäuscht. Der Aufnahmeleiter erklärt kurz die Situation: „Also: während einer großen Szene wird der Schauspieler mahnsinnig. Erst atmungslose Stille, dann Unruhe im Publikum, zuletzt große Bestürzung. Probeaufnahme — los! — halt! — Mehr Unruhe. Die Erregung ist nicht deutlich genug.“ Der Franzose läuft auf der Bühne hin und her, macht die Mimik und die Gesten vor. Nochmals! — Probe! — Noch einmal, noch fünfmal. Endlich Aufnahme. — „Abblenden!“ Während der Bahnfinnszene gleitet der große Schauspieler aus und fällt hinten über.

Es war ein Unfall, nicht vorgeschrieben in der Rolle, aber es macht sich sehr gut. Die Aufnahme wird natürlicher. Als er umfiel, stieß Willi einen kleinen Schrei aus. Er hat sich ein wenig das Bein verstaucht, dadurch entsteht eine Pause.

„Filmen Sie das erstmal?“ fragt der blonde Junge neben ihr.

„R... Rein.“

„Sind Sie beim Klub?“

„Rein.“

„Wo haben Sie bisher gearbeitet?“

„Bei... bei der Ufa.“ stößt sie rasch heraus und merkt im selben Augenblick, wie ihr die Röte ins Gesicht schießt.

„Ich bin eigentlich nur zufällig hier. Ich bin ja Edelkomparse.“ Das Wort klingt aus seinem Munde, als ob er sagen würde: Prinz.

„Als Edelkomparse verdiene ich natürlich viel mehr, 25 Mark, aber heute war ich frei, da nimmt man die Kleingeit eben mit.“

„Weiter — neue Szene.“ Das Publikum erhebt sich von den Plätzen und verläßt langsam das Theater. Probe — eins — zwei — dreimal — Aufnahme —

Eine halbe Stunde Mittagspause. Der blonde Junge geht mit ihr ins Restaurant.

Sie bestellt eine Suppe, und beim Zahlen begleicht er auch ihre Rechnung. Die Kleingeit spielt doch keine Rolle. — Wie nett er ist. Wieder zurück ins Theater. Proben — Aufnahmen — Proben — Aufnahmen —

Knapp vor Schluß plötzlich Nervosität unter den Statisten.

„Was ist los?“ Man hat gehört, für morgen werden wieder Zettel verteilt. Der Aufnahmeleiter brüllt durchs Megaphon: „Erste bis vierte Reihe hierbleiben, die anderen können weg!“ Einige versuchen rasch, sich in die vorderen Reihen zu schmuggeln, die Gemiegten, die den Betrieb kennen, bleiben noch in den Ausgängen stehen oder drücken sich in den Ecken herum — vielleicht — jedenfalls abwarten.

Willi steht folgsam auf und will fort. Ihr Nachbar hält sie zurück.

„Warten Sie noch!“ Einige versuchen an den Mann, der die neuen Zettel verteilt, heranzukommen. „Bitte, mir auch einen.“

„Ich kann nicht, wir brauchen für morgen nicht so viele!“ Als jeder der vorne Sitzenden seinen Zettel erhalten hat, bleiben ein paar Zettel übrig.

„Alles stürzt sich jetzt auf den Mann. Er hält die Hände hoch, sonst würde man ihm die Papiere entreißen. Man drängt, stößt den anderen zur Seite, tritt sich gegenseitig auf die Füße. Es geht um zehn Mark! Willi hat die Situation nicht so rasch erfasst. Sie steht ganz hinten und versucht, durch diesen Lärden schreiender, gestikulierender Menschen hindurchzukommen. Da vorne, in der ersten Reihe, steht ihr neuer Kamerad. Er wird ihr sicher helfen, vorwärts zu kommen. Sie kann noch gerade einen Zipfel seines Smokinges erblicken. Aber er dreht sich unwillig um und stößt sie mit dem Ellenbogen zurück.

Willi steht zuerst ganz fassungslos, dann macht sie kehrt und geht langsam zurück.

Vor dem Ausgang dreht sie sich noch einmal um. Der Blonde schwingt gerade — triumphierend einen weißen Zettel in der Luft.

„Wegen zehn Mark.“ sagt sie leise. Und zwei dicke Tränen rinnen ihr über die Waden, als sie aus der Tür geht.

Der Fisch mit der Ritterlanze

In der Nähe von Innsbruck gibt es in einer landschaftlich prächtigsten Gegend ein altes Kloster, das Kloster Witten. Und die Sage berichtet in ihrer aus Dichtung und Wahrheit gemischten Sprache, daß einst ein Riese Heymo gelebt habe, den es nach einem wunderbaren Garten mit silbernen Bäumen und Äpfeln daran aus purem Golde gelüfte, den es in der Nähe gab. Leider wurde der Garten von einem Drachen bewacht, der nicht recht mit sich verhandeln ließ, denn die Epoche des Parlamentarismus war damals noch nicht angebrochen.

Für die Erlangung silberner Gärten mit goldenen Äpfeln, die ein Drache bewacht, gibt es jedoch ein einfaches Rezept. Man schlägt den Drachen tot, nimmt das Gold an sich und ist überzeugt, auch noch ein gutes Werk getan zu haben — eine Ueberzeugung, die von allerhöher die Leute beherrscht hat, die, wenn auch selber Räuber, einem anderen Räuber sein Gold abnehmen.

Der Riese Heymo handelte — so erzählt die Sage — nach diesem Rezept und zog sich nach vollbrachter Tat in den wohlverdienten Ruhestand zurück. Vorher aber erbaute er als Beweis seiner braven Gefinnung das Kloster Witten und schenkte ihm die Drachenzunge in einem silbernen Kasten, was ihm ja jetzt nicht weiter schwer fiel.

Sowohl die Sage. Fromme Mönche behaupteten später, das Kloster hätten sie selbst gebaut und nicht der Riese Heymo, Tatsache war aber, daß die Drachenzunge von ihnen bewahrt wurde und der Silberkasten dazu auch. Später geschah es in schweren Zeiten, daß der Kasten „dem Schmeltiegel hat müssen conferiert (geweiht, im Sinne von geopfert) werden, so daß dieses drachenhülmb in einem bloß helzernen Futteral“ liegen mußte. Dann ging auch die Drachenzunge verloren, fand sich aber wieder an und geriet in die Hände moderner Gelehrter, die in ihren Abhandlungen feierlich verkündeten, diese Drachenzunge des Klosters Witten sei natürlich keine Zunge und noch weniger die eines Drachen, sondern das Koftrum eines Xiphias gladius.

Das Wort „Xiphias gladius“ bedeutet zu deutsch „Schwert der Seeleute“ und ist der wissenschaftliche Name eines großen bösen Fisches, den man auch Schwertfisch nennt. „Koftrum“ heißt wissenschaftlich die verlängerte und verhornte Oberlippe dieses Fisches, also sein Schwert.

Mit der Romantik der Geschichte scheint es nun nichts zu sein. Das Schwert eines bekannten Fisches, wahrscheinlich seinerzeit von einem Pilger mit der dazugehörigen Sage mitgebracht — was hat das schon auf sich.

Die Seeleute behaupteten allerdings, daß der Schwertfisch ein ganz gefährlicher Bursche sei und ein Kampf mit ihm mindestens so gefährlich wie ein Kampf mit einem Fobelungeheuer, die Wissenschaft aber hielt lange nichts davon. Womit sie ja auch zweifellos recht hatte, denn er hat zu allen Zeiten Leute gegeben, die unbedeutende Abenteuer niederschrieben, von Pedro Fernandez de Quiros, der 1605 eine unbedeutende Südeinsel zum „großen Südkontinent“ erklärte, von dem man damals fabelte, bis zu dem ehe-

möglichen Filmhilfsregisseur Herkt, der jetzt von wilden Fimabenteuern im Innern Afrikas erzählt, das er nie gesehen hat.

Im Falle „Schwertfisch“ hatten die Seeleute aber recht, das sah man langsam ein. Es ging ziemlich langsam, das stimmt, aber die Wissenschaft war dabei unschuldig. Es gibt nämlich außer dem Xiphias noch zwei andere Reertiere, die fonderbare Oberlieferverzögerungen haben, den Sägefisch aus der Familie der Rochen und den Karwal, ein Seesäugetier. Beim Karwal ist das Wunder ein schraubensförmig gedrehter Zahn, der ein Drittel so lang wird wie das ganze Tier. Er kommt nur dem männlichen Geschlecht zu und dürfte also wohl ein Geschlechtsabzeichen ohne weitere Funktion sein. Beim Sägefisch ist es die bekannte Säge, deren Zweck unklar ist, so daß man auf Langobereichen mit ihrer Hilfe rä. Rander Seemann hatte aber im heimlichen Hofen unter freundlicher Unterstützung dieser Grogs erzählt, wie das Ungeheuer mit seiner Säge sein gutes Schiff angelegt hatte und wie der Karwal mit seinem Spieß Kammsport gespielt hatte. Und wie als Dritter im unheimlichen Bunde der Schwertfisch sich als lebender Torpedo bewährt hatte.

Da war es wirklich nicht leicht, einwandfrei festzustellen, daß Karwal und Sägefisch harmlos waren, der Schwertfisch aber nicht. Schon seine Größe und die Art des Beutemachens läßt vermuten, daß man nicht unvorsichtig mit ihm umgehen soll. Das fünf Meter lange Tier stürzt sich in einen Schwarm kleinerer Fische, haut mit der scharfen Lanze rücksichtslos um sich, bis alles im Blute schwimmt, und beginnt erst dann sich zu füttern. Daß er bei dieser Angriffsweise auch verheerend an Boote gerät, ist nicht unwahrscheinlich und auch schon öfter vorgekommen.

Der Zoologe Rechuel-Coelje entging dem Tode mit genauer Not, als ein Schwertfisch nicht nur seine Lanze, sondern auch noch einen ganz erheblichen Teil des Kopfes durch den Boden des Fahrzeuges rannte. Bei einem anderen Ruderboot brachte es schon ein kleiner Xiphias fertig, mit einem Hieb durch beide Seitenwände zu stoßen, das Bein des Rudeters, das sich in der Schußlinie befand, mußte mit daran glauben.

Die enorme Kraft des Stoßes wirkt auch bei größeren Schiffen nach. Einem alten englischen Kriegsschiff wurden 25 Zentimeter Kupferverhölzung und 7,5 Zentimeter Platte durchstoßen. Das Schwert drang dann noch 11 Zentimeter tief in einen eichenen Pfosten ein, wo es schließlich abbrach. Einem Wallfischfänger zerstörte ein Schwertfisch ein gefülltes Tranfah im Lagerraum, das Fah aber stand hinter 2,5 Zentimeter Verhölzung mit Kupferbeschlag, 7,5 Zentimeter Platte und 30 Zentimeter Querbalken aus Eichenholz!

Tatsache ist auch, daß solche Angriffe nicht immer Zufälle sind, in einem genau bekannten Falle unternahm ein großer Schwertfisch einen Kammschiff, nachdem er sich von einer zu anderen Zwerden ausgehängten Angelleine losgerissen hatte. Diese Geschichte hatte sogar noch ein gerichtliches Nachspiel, da die Versicherungsgesellschaft

sich erst weigerte, die Reparatur des schwer ledden Schiffes zu bezahlen.

Unsere Technik pflegt, wenn ihr wieder eine Erfindung gelungen ist, in der Natur eine Parallele zu entdecken, von der sie vorher nichts gewußt hat. So ist auch der Xiphias gladius eine Parallele zum Unterseeboot, die Jahrtausende lebte, bevor man es erfand und zur Zerstörung von Schiffen verwendete. Es sind aber viele Schiffe schon spurlos verlorengegangen, seitdem die Menschheit Seefahrt treibt. Bei den meisten werden Stürme, Klippen und wilde See die Schuld tragen. Ausgeschlossen ist aber nicht, daß auch schon einmal ein Leck den Untergang verursachte, hervorgerufen vom Kammschiff eines wütenden Schwertfisches. Willy Ley.

Die Zukunft der Elektrizität

Die Entwicklung der Technik, insbesondere der Elektrotechnik, in den letzten Jahren hat eine derartige Sturmgeschwindigkeit angenommen, daß die menschliche Phantasie schon hier und da nicht mehr Schritt halten kann und Dinge unverlebens zur Tatsache werden, an die auch der genialste Schreiber von Zukunftsromanen nicht zu denken wagte. Vergewaltigen wir uns beispielsweise den Fortschritt der Radiotechnik, der, bei Lichte betrachtet, ja eigentlich direkt unglaublich ist. Hätte jemand vor dreißig Jahren der Allgemeinheit den Rundfunkapparat begrifflich machen wollen, der heutzutage zu jeder Wohnungseinrichtung gehört, hätte er behauptet, daß es möglich sei, sich von Berlin aus mit irgend jemand in Sydney über den Äther hinweg zu unterhalten, so wäre er wohl in eine Irrenanstalt interniert worden. Und jetzt ist das Fernhören eine selbstverständliche Sache. Noch erstaunlicher ist die Entwicklung des Fernsehens, das noch vor zwei Jahren als Utopie angesehen wurde. Während sich noch die Bildblätter mit dieser anscheinend unmöglichen Sache beschäftigten, stand schon der erste Versuchapparat in Schenectady im Zauberslaboratorium der General Electric Company fix und fertig da, und die ersten primitiven Bildübertragungen waren bereits gelungen.

Mittlerweile ist der Bildrundfunk bereits zur Tatsache geworden, und in etwa zwei Jahren, vielleicht noch früher, wird der Fernsehapparat seinen triumphierenden Einzug in das bürgerliche Heim halten. Man sollte sich über die Bedeutung dieser Tatsache klar werden, die einen geradezu umwälzenden Einfluß auf die Kultur, die Ideenwelt und die Einstellung der gesamten Menschheit gegenüber den großen Weltproblemen ausüben wird. Die Uebertragung von Filmen und Theateraufführungen ist ja nur ein Anfang; in kurzen werden wir vom Behnstuhl aus Nordpolerpeditionen und Reisen durch den südamerikanischen Urwald mitmachen, werden Augenzeugen von Vulkanausbrüchen und Schlachten sein, werden die höchsten Schichten der Atmosphäre und den Abgrund der Tiefsee kennen lernen. Wir werden Dinge sehen, die noch keines Menschen Auge vorher betrachtete; und die Wirkung auf unser Geistesleben kann in ihrem ganzen Umfange heute noch gar nicht übersehen werden.

Angeht dieses sich überstürzenden Fortschritts, dieser ungeahnten Entwicklung drängt sich einem förmlich die Frage auf: Was kommt nun? Welches Göttergeschick können wir als nächstes von der Elektrotechnik erwarten?

Die Antwort ist eben so einfach wie naheliegend. Wir befinden uns in der Ära der drahtlosen Wellen, und es ist nur logisch, daß die Weiterentwicklung der Dinge sich auf diesem Gebiete vollziehen wird. Die Uebertragung von Ton und Bild ist bereits gelungen; das nächste Problem, das zu lösen sein wird, ist die Uebertragung von Kraft auf drahtlosem Wege, der drahtlose Betrieb von Schwachstrom- und Starkstrommaschinen und -apparaten, und in erster Linie: Das drahtlose Licht.

Aber schon wieder sind die Geschehnisse dabei, die Prophezeiung zu überholen. Während wir noch kaum an die Möglichkeit glauben wollen, erstrahlt bereits im Laboratorium von Schenectady, von wo neuerdings jeder technische Fortschritt seinen Ausgang zu nehmen scheint, eine gewöhnliche elektrische Glühlampe in vollem Blitze, ohne daß sie mit irgendeiner Leitung verbunden wäre; eine Wurst kocht in einer frei im Raume an einem Draht aufgehängten Glasröhre; Spiegelleiter werden in einer Glasröhre hergestellt, ein Äpfel wird an einer Drahtantenne durch und durch gebraten, und durch andere Anordnungen werden Speisen gebacken, Wasser gekocht, ohne daß irgendeine Wärmequelle erkennbar wäre. Aber das Tragprobenste, was dort zu sehen ist, ist ein elektrischer Lichtbogen, ein künstlicher Kugelblitz, der plötzlich auf einer Metallstange erscheint, einen Funkenregen von geschmolzenem Metall um sich schleudert und die Stange schmilzt, wie dies der beste Schweißapparat nicht schöner tun könnte; ein elektrischer Bogen, der Tausende von Volt verkörpert und scheinbar ganz von selbst entsteht.

Und was bewirkt diese unfasslichen Wunder? Eine sechzig Zentimeter hohe und fünfzehn Zentimeter breite Röhre, die ganz unschuldig in einer Ecke steht, als ob sie mit all diesen erstaunlichen Dingen nichts zu tun hätte. Diese Röhre aber kann mehr als ihre Kollegen; fünfzigmal mehr als die bisher hergestellten Kurzwellenröhren. Sie strahlt durch eine Antenne auf einer Wellenlänge von sechs Metern eine Leistung von ganzen fünfzehn Kilowatt in den Raum, sie sendet die Kraft von zwanzig Pferden durch die Luft; in anderen Worten, sie löst das Problem der drahtlosen Kraftübertragung.

Die Versuche in Schenectady sind nur ein Anfang, und Kraftsender und -empfänger stehen im selben Raume; aber wir wissen bereits aus Erfahrung, wie rasch es jetzt vorwärts gehen wird. In wenigen Jahren können wir vielleicht schon, befreit von Kabeln, Leitungen, Strippen und Steckdosen, all die tausendfältigen Maschinen und Apparate in Betrieb setzen, die uns die Elektrotechnik beschert, gleichviel ob wir uns zu Hause, auf freiem Felde oder am Nordpol befinden. Elektrisches Licht, elektrische Wärme, elektrische Kraft wird uns auf Schritt und Tritt zur Verfügung stehen, und wir werden nur zu bald das barbarische Zeitalter der Drähte vergessen haben. Popper.

Ein Fisch von klassischem Ruf. Thunfische von den riesigen Ausmaßen des Fisches, wie einer kürzlich bei Harmouth ins Netz ging, gelangen nur gelegentlich einmal an die englische Küste. Der Thunfisch gehört zu der großen Familie der Makrelen und erlangt zuweilen ein Gewicht von dreierhalb Tonnen. Es ist ein Fisch aus allsehrwürdigem Geschlecht und darf sich einer klassischen Geschichte rühmen, denn in der griechischen Literatur sind die Stellen nicht selten, an denen der Thunfische gedacht wird. Im Regalischen Meer, ihrer eigentlichen Heimat, schwimmen die Fische in großen Schwärmen und werden in einem langen Reif geerntet, in das der Schwarm durch Värm angetrieben wird. Riefen, wie der bei England gelangene Thunfisch, erweisen sich bei ihren kleineren Genossen keiner Beliebtheit und sind gezwungen, ein einfaches Leben zu führen.

Mehr Sozialpolitik!

Forderungen der christlichen Gewerkschaften zur Arbeitslosenversicherung.

Frankfurt a. M., 17. September. (Eigenbericht.)

Auf dem Kongress der christlichen Gewerkschaften wurde am Dienstag nach einer ausführlichen und lebhaften Debatte über das Problem der Arbeitslosenversicherung folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Der Kongress weist die Angriffe der Gegner der deutschen Sozialpolitik gegen die Arbeitslosenversicherung entschieden zurück. Die dadurch hervorgerufene große Beunruhigung der Arbeiterschaft veranlasst den Kongress, die schnellste Verabschiedung der Vorlage zur Reform der Arbeitslosenversicherung durch die zuständigen Körperschaften zu fordern. An den Grundlagen der Versicherung darf nicht getüffelt werden, alle Abbaubestrebungen sind entschieden zurückzuweisen. Der Entlohnung der Kurzarbeiter ist durch Ausbau der Versicherung mehr als bisher Rechnung zu tragen, durch geeignete Massnahmen ist jedoch jeder Mißbrauch des Gesehes zu unterbinden. Der Kongress fordert die Beteiligung der Allgemeinheit an den Kosten der Arbeitslosenversicherung, deren Höhe auf außergewöhnliche Ursachen, wie Krieg, Reparationen, Inflation usw. zurückzuführen ist und deshalb nicht auf die Beteiligten allein abgewälzt werden darf. Notwendig ist vor allem, durch eine weltliche Wirtschaftspolitik der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.“

Am Dienstag nahm der Kongress der christlichen Gewerkschaften ein Referat des zweiten Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes Karl Schmitz-Duisburg über „Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik“ entgegen.

Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik — so führte Schmitz aus — seien nicht mehr voneinander zu trennen, sie müßten einander ergänzen und fördern und deshalb würden sich die christlichen Gewerkschaften für eine Wiederbelebung der Ideen der Arbeitsgemeinschaften einsetzen. Drei große Aufgaben ständen in innigster Beziehung: 1. Beseitigung der Arbeitslosigkeit, 2. Ueberwindung der Agrarkrise und 3. Hebung des Reallohnes. Die durchschnittlichen Wochenlöhne, die aus zwölf Hauptarbeitergruppen errechnet wurden, ständen im Jahre 1928 für gelernte Arbeiter auf 50,58 Mark gegen 35,35 Mark im Jahre 1913. Der Lohnindex stehe somit auf 143,1, der Lebensindex auf 151,5. Dabei sei die Arbeitsleistung, wie das für die Mehrzahl der Berufe einwandfrei nachgewiesen sei, im Vergleich zu 1913 erheblich gestiegen. Die Mehrleistung dürfe durchweg 25 Prozent betragen. Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm sei notwendig und immer mehr müsse an Stelle der Arbeitslosenunterstützung der Gedanke der produktiven Fürsorge treten. Die Erfolge der Rationalisierung müßten auch den Arbeitern zugute kommen. Der Reallohn sei durch Preissteigerung zu erhöhen, wenn nicht neue schwere Erschütterungen das Wirtschaftsleben bedrohen sollten. Die Politik der Kartelle und Syndikate und die Monopolisierung der Produktion erfordere einen Verbraucherschutz durch Preiskontrolle und Ausgestaltung der Kartellgesetzgebung, ferner die Einbeziehung der Gewerkschaften in die Geschäftsleitung monopolistischer Organisa-

tionen sowie den Ausbau und die Förderung des Genossenschaftswesens.

Als zweiter Redner sprach der deutschnationale Abgeordnete Hülfert-Spandau über die „Sozialpolitik und ihre Gegner“ (Siehe auch unsere Notiz: „Hülfert gegen Hugenberg.“)

„Die Lage der Arbeiterschaft und der Arbeitslosen“

Ist so, daß niemals von einer Demokratisierung des deutschen Arbeiters durch die Sozialversicherungen geredet werden kann. Die Sozialdemokratie hat in Deutschland ihre heutige Größe und Macht erreicht, weil das Bürgertum die Notwendigkeit großzügiger Sozialpolitik zu spät erkannte und so der Sozialdemokratie ein Menschenalter hindurch die Möglichkeit fast ungehörter Ausbreitung gegeben hat. In unserem Volk, das zur Hälfte aus Lohnarbeitern besteht, ist und bleibt eine entschlossene Sozialpolitik der notwendige Bestandteil jeder fruchtbareren Staatspolitik. Die in der Sozialversicherung verwirklichte Gemeinbürgerschaft der Starten und Schwachen ist ein notwendiges Gegengewicht gegen den Geist des schrankenlosen Egoismus, wie er durch die liberale kapitalistische Wirtschaftsweise entfesselt worden ist. Wenn versucht wird, Landwirtschaft und Mittelstand auf die Sozialpolitik als die Hauptquelle ihrer eigenen Röße abzulenken, so müssen diese beiden wichtigen Berufsverbände dringend gewarnt werden, sich in diese Sackgasse führen zu lassen.

Die Diskussion gestaltete sich zu einer einzigen Anklage gegen den Versuch, die Arbeitslosenversicherung abzubauen und damit an den Grundlagen der Sozialpolitik zu rütteln. So betont Weber, Vorsitzender des christlichen Metallarbeiterverbandes,

das Reich stolpert ja sonst auch nicht über Hunderte von Millionen,

wie kann es dann über den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung stolpern, die u. a. eine Folge des Krieges ist. Die Hälfte der Arbeitslosenunterstützung wird von den Arbeitern selbst bezahlt, und wenn die Schwerindustrie wieder einmal in den Ruf ausbricht, Deutschland müsse an der Arbeitslosenfürsorge zugrundegehen, so steht hinter diesem Schrei nur der Zweck, die Arbeitslosen zu Lohnrüdnern werden zu lassen.

Kampmeier, der Vertreter der Bauarbeiter, wendet sich besonders scharf und eindringlich gegen das an den Saisonarbeitern geplante Unrecht. Wie könne man, ohne Schamrot zu werden, von einem Abbau der sozialen Pflichten reden angesichts der vorhandenen Not in der Arbeiterschaft. Ein Deutschland, das diese Fragen behandle wie bisher, könne der Welt kein Vorbild sein. Riegle man die Saisonarbeiter in der sozialpolitischen Gleichberechtigung ab, so gebe es nur eins, die Freiheit der Lohnbewegung.

Ballrusch-Essen sagt, die Abwehr gegen die scharfmacherischen Bestrebungen der Unternehmer genüge nicht. Die Arbeiterschaft müsse fordern, daß die durch den Young-Plan freizuerwerbenden Beträge auch zur Hebung des Lebensstandards der Arbeiterschaft und zur Ausgestaltung der sozialen Fürsorge verwendet werden. In gleichem Sinne äußern sich alle anderen Redner.

Einheitsorganisation vor der Spaltung für sich allein hatte. Ueber der Mitgliederzahl der CGU. schwebt ein ziemliches Dunkel; man kann ihn auf höchstens 250 000 schätzen. Die CGU. vereinnahmte — nach vorgezählten Mitgliedsbeiträgen — im ersten Halbjahr 1929 für 635 497 Mitglieder Beiträge. Der tatsächliche Mitgliederbestand dürfte also annähernd 700 000 betragen. Das bedeutet eine Verdoppelung gegenüber 1913 und eine ganz außerordentliche Zunahme während der letzten zwei Jahre. Trotzdem ist die Situation der CGU. eine recht schwierige.

Der französische Gewerkschaftsbund hat zwar mit in verhältnismäßig geringem Maße mit dem Problem der Arbeitslosigkeit zu kämpfen, wenn diese, als Folge der Rationalisierung, auch in einigen Industrien Schwierigkeiten bereitet; aber außer den Kämpfen, die alle europäischen Gewerkschaften zu bestehen haben, gibt es in Frankreich ein Einwanderungsproblem, das die Gewerkschaften außerordentlich stark belastet. Es mögen wohl drei Millionen ausländische Arbeiter in Frankreich beschäftigt werden, hauptsächlich Italiener, Spanier, Polen, aber auch starke Kontingente von Belgiern, Luxemburgern, Tschechoslowaken, Algeriern. Auch die Schweizer, Deutschen und Oesterreicher sind ziemlich zahlreich vertreten. Dieses fremdsprachige und stützende Element ist gewerkschaftlich sehr schwer zu erfassen. Dazu kommt die innerfranzösische Sprachenfrage durch das Elsaß.

Eine andere Belastung ist die nur geschichtlich verständliche Trennung von Partei und Gewerkschaften. Zwar gibt es heute keine Feindseligkeiten mehr zwischen Partei und Gewerkschaften, auch keine grundsätzlichen Gegensätze, aber die betonte Autonomie der CGU. veranlasst diese, ein Lageblatt aufrechtzuerhalten, das „Populaire“, das von den 3 784 000 Franken Einnahmen der CGU. während der letzten zwei Jahre allein mehr als ein Drittel, 1 385 000 Franken, verschlang. Hierbei sind die finanziellen Opfer nicht eingerechnet, die die einzelnen Organisationen noch bringen. Diese Belastung verhindert die CGU., die notwendigen Aufwendungen für alle anderen Probleme zu machen, ohne daß es bisher gelungen wäre, und wohl auch jemals gelingen wird, eine lebensfähige Tageszeitung zu schaffen.

Natürlich leidet auch die Partei unter dieser Verschwendung. Und doch wäre eine Verständigung möglich, die beiden Teilen gerecht und zum Vorteil würde. Eine Verpflichtung, alle Rundgebungen und Mitteilungen der Gewerkschaften im Zentralorgan der Partei, dem „Populaire“ zu veröffentlichen, die Einnahme eines bestimmten Einflusses der CGU. auf den gewerkschaftlichen Teil des „Populaire“, würden die wesentlichen Schwierigkeiten beseitigen. Aber das ist eine Frage, die leider noch nicht einmal zur Diskussion steht.

Am übrigen wird sich der Kongress nur mit Fragen beschäftigen, die auch uns vertraut sind. Außer mit den inneren Organisationsfragen wird sich der Kongress in erster Linie mit der Sozialversicherung, darunter auch mit der Arbeitslosenversicherung beschäftigen. Die Anpassung der Löhne an die Produktivität, das Vordringen der Frauennarbeit im rationalisierten Betrieb, die Berufsausbildung, wie die Fragen der Erziehung und Bildung überhaupt, werden auch den französischen Gewerkschaftskongress beschäftigen. Dazu kommen die übrigen Fragen der Sozialpolitik: Unfallversicherung, Berufskrankheiten, Arbeitsaufsicht usw. Vorwiegend wird es auch eine lebhaftere Auseinandersetzung geben über die Gruppierung der Beamtengewerkschaften innerhalb der CGU.

Die „Opposition“ unten durch. Verkehrsbund wählt nur Amsterdamer.

Die Generalversammlung des Deutschen Verkehrsbundes wählt am Montag die Delegierten zum Verschmelzungsverbandstag. Es gab eine Einheitsliste, auf der auch einige Kommunisten und Sympathisierende figurierten. Sie fielen aber mit Glanz durch Gemählt wurden nur Delegierte der Amsterdamer Richtung, und zwar mit erdrückender Mehrheit. Es wurden folgende Delegierte gewählt: Sektion 1: Paul Schacht, Karl Bolter, Fr. Kirchmeier, Hermann Müller, Fr. Vollmeier, R. Oldersdorf, Hedwig Schneidewind, Hans Müller. Sektion 2: Paul John, Max Berg, Fr. Kellinger, Richard Süßmich, Arthur Abrahams. Sektion 3: Fritz Stern, E. Knobel, Th. Voll. Sektion 4: Michael Schulz, Max Buchert. Sektion 5: Paul Bolter, Gustav Strauch. Sektion 6: Hermann Stuttfeld, Ant. Hofop, Wilhelm Schimmel, Paul Doering. Sektion 7: Karl Leube, Paul Dammer, Lucie Huhner, Frida Fleck, Emma Bochow.

Ueber den Verlauf der Generalversammlung werden wir noch berichten.

Der Musikerstreik im Beba-Palast. Eine erfolglose Schiebung.

Am Dienstag verhandelte das Arbeitsgericht über den Antrag der Beba-Palast-Lichtspiele „Uffrium“, der verlangt, daß dem Deutschen Musikerverband bei Strafe verboten werden soll, in der Öffentlichkeit durch Plakate und Zettel die Behauptung zu verbreiten, daß die Musiker des Beba-Palastes streiken und daß die Direktion den Burgfrieden gebrochen habe.

Die vom Amtsgerichtsrat Dr. Franke geleitete Verhandlung begann mit einer gefällig nicht anscheidbaren Schiebung, wodurch ein richtiggehender Rechtsanwalt als Vertreter des Unternehmers vor dem Arbeitsgericht auftreten konnte. Zunächst gab sich Rechtsanwalt Weiß als Aktionär und Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft Beba-Palast-Lichtspiele aus, und beantragte, als Partei auftreten zu dürfen. Das Gericht erkannte ihn aber nicht als Partei an und wies ihn zurück. Nun wurde in einer vom Rechtsanwalt Weiß erbetenen kurzen Pause folgende Schiebung ausgeführt: Er und die beiden anwesenden Direktoren der Gesellschaft traten als alleinige Aktieninhaber auf dem Gerichtsbühnen zu einer „Generalversammlung der Aktionäre“ zusammen, bestellten den Rechtsanwalt Weiß als alleinvertretungsberechtigtes Vorstandsmittglied, riefen telephonisch ihren Notar herbei und ließen durch ihn ihren Beschluß bestätigen. So waren die gefehlmäßigen Formalitäten erfüllt, die es dem Rechtsanwalt ermöglichten, als Parteivertreter zu fungieren.

Es handelte sich in der Hauptsache darum, festzustellen, ob die Direktion den Burgfrieden gebrochen habe, ob die Musiker ausgeperrt seien, ob sie streiken oder, wie der Unternehmer behauptet, von ihm entlassen seien. Nach einer vierstündigen Verhandlung kam das Gericht zu folgendem Urteil:

Da eine Ausperrung nicht stattgefunden habe, dürfe der Musikerverband die Behauptung, die Musiker seien ausgeperrt, nicht verbreiten. Dagegen entspreche die Behauptung, daß die Musiker streikten, den Tatsachen. Wenn Zettel und Plakate mit dieser Angabe verbreitet werden, so sei das ein zulässiges Kampfmittel, aber keine unerlaubte oder sittenwidrige Handlung. Daß die Musiker nach Verweigerung der Arbeit als entlassen erklärt wurden, ändere nichts daran, daß ein Streik bestehe. Auch die Behauptung, die Direktion habe den Burgfrieden gebrochen, sei zutreffend, denn sie habe die von ihrem Bevollmächtigten Dr. Friedmann mit den Musikern getroffene Vereinbarung nicht gehalten. Wenn Dr. Friedmann jetzt in einer eidesstattlichen Versicherung erkläre, er habe seine Vollmacht überschritten, so sei darauf nichts zu geben, denn Dr. Friedmann, der gerade in formaljuristischen Fragen sehr beschlagen sei, wisse doch, daß alles, was er — der für die Vergleichsverhandlung Prozeßvollmacht hatte — vereinbart, für seinen Auftraggeber bindend ist. Hiernach sei also die Behauptung, die Direktion habe den Burgfrieden gebrochen, nicht wahrheitswidrig.

Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre und Vertrauensleute!

Mitte Oktober beginnen die Kurse der Berliner Gewerkschaftsschule. Der Lehrplan ist erschienen und kann von sämtlichen Berliner Ottoverwaltungen und vom Bureau der Berliner Gewerkschaftsschule, Engelauer 24/25, Zimmer 6, eingefordert werden. Für die meisten Gewerkschaften, die ein gründliches Studium bedürftigen, finden regelmäßig Montags und Freitags in der Zeit von 16 bis 19 Uhr Lehrberatungssprechstunden im Bureau der Gewerkschaftsschule statt. In diesen Sprechstunden können auch gleichzeitig Anmeldungen zu den Kursen vorgenommen werden.

Gesperrte Gastwirtschaften. Wegen Tarifbruch und Nichtbenutzung des öffentlichen Arbeitsnachweises werden hierdurch folgende Gastwirtschaften für die Mitglieder des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten gesperrt: Mitte: Bahnhofsrestaurant, Inh. Aug. Hechberg. An der Spandauer Brücke 2. Norden: Restaurant Königstor, Inh. Anna Wüde. Prenzlauer Berg Ecke Neue Königstraße: Restaurant Seetrum, Inh. L. Ruffino, Seest. 48. Moabit: Nordwest-Hotel, Restaurant und Festhalle, Turmstr. 7/8. Osten: Lichtenberg: Bolos des Ostens, Inh. Pfeilwitzer, Warschauer Str. 35. Groß-Deffertion Schulz, Königsberger Ecke Memeler Straße.

Veranstaltungen. Große öffentliche Versammlung morgen, Donnerstag, 11 Uhr, im großen Saal der Gendarmenpl. 24. Gendarmenpl. 17 (Röhe des Reiches). Rednern und Mitwirkenden: Referent: Erwin Damm. Referent: Erwin Damm. Referent: Erwin Damm. Referent: Erwin Damm.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Heute, Mittwoch, 19. Uhr, legen die Gruppen Bericht: Jungeheim Reichenberg Str. 24-26. Weibenvortrag: Grundzüge des wissenschaftlichen Sozialismus. — Redner: Jungeheim, Schule Baumgarten Str. 20. Vortrag: „Reparaturarbeiten“. — Weibevortrag: Gruppenheim Weiskopf, Beckstr. 10. Vortrag: „Eben, Ebnen“. — Vortrag: Jungeheim, Vorderstr. 11 (Hohlerstraße). Vortrag: „Jugend und sexuelle Frage“. — Referent: Jungeheim, Vorderstr. 11 (Hohlerstraße). Vortrag: „Unsere Rheinarbeit in Betrieb und Schule“. — Vortrag: „Wien und München“. Referent: Karl Kraus. — Referent: Jungeheim, Köpenicker Str. 1-4, Ecke Köpenicker Straße, Beckstr. 10. — Vortrag: Jungeheim, Köpenicker Str. 128. Vortrag: „Einführung des Geldes und der Wertpapiermarkt“. Referent: Georg Seibmann. — Vortrag: Jungeheim, Eintrachtstr. 1. Vortrag: „Der Elfen“. — Vortrag: Jungeheim, Köpenicker Str. 128. Vortrag: „Die Einführung und Entwicklung des Geldes“. Referent: Erwin Damm.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: Gesundheitswesen: Jungeheim, Köpenicker Str. 128. Vortrag: „Das w-1 der Kassenversicherung“. Referent: Willi Dorn. — Referent: Jungeheim in der Schule Köpenicker Str. 128. Vortrag: „Gesellschaftliche Verantwortung und Beteiligung“. Referent: Fritz Schreiber. — Referent: Jungeheim, Köpenicker Str. 128. Vortrag: „Wien und München“. Referent: Karl Kraus. — Referent: Jungeheim, Köpenicker Str. 1-4, Ecke Köpenicker Straße, Beckstr. 10. — Vortrag: Jungeheim, Köpenicker Str. 128. Vortrag: „Einführung des Geldes und der Wertpapiermarkt“. Referent: Georg Seibmann. — Vortrag: Jungeheim, Eintrachtstr. 1. Vortrag: „Der Elfen“. — Vortrag: Jungeheim, Köpenicker Str. 128. Vortrag: „Die Einführung und Entwicklung des Geldes“. Referent: Erwin Damm.

Hülfer gegen Hugenberg. Offene Auflehnung.

Am Dienstag hielt der Gauleiter im Christlichen Zentralverband der Landarbeiter und deutschnationale Reichstagsabgeordnete Hülfert auf dem Christlichen Gewerkschaftskongress ein Referat über die Sozialpolitik und ihre Gegner. Nach dem „Deutschen“ führte Hülfert u. a. aus:

„Was wird der öffentlichen Meinung heute nicht alles vor Augen geführt, um sie gegen die bisherige deutsche Sozialpolitik und ihre Fortsetzung einzunehmen und aufzubringen! Da ist der Donziger Arzt Dr. Erwin Dietz, der in seinen Schriften und Reden ein Herrbild des gegenwärtigen Zustandes der deutschen Krankenversicherung an die Wand malt. Da ist ferner das Buch von Gustav Hary über „Irrwege der deutschen Sozialpolitik und der Weg zur sozialen Freiheit“, für dessen Vertrieb der Scherzverlag sich mit seinem ganzen Gewicht eingesetzt hat. Auch hier wird an der deutschen Sozialversicherung und Sozialpolitik nur noch Schatten und Unheil gesehen. Und nun kommt, um die Verwirrung vollständig zu machen, auch ein Vertreter der Wissenschaft, Prof. Horneffer in Gießen, der in seiner Schrift, mit der verheißungsvollen Ueberschrift „Friede am Volk“, Gedanken zur deutschen Sozialpolitik vor sich gibt, wie sie in dieser unglücklichen Leichtfertigkeit und Unsachlichkeit bisher wohl noch nie von einem deutschen Gelehrten über einen so schwierigen Gegenstand veröffentlicht worden sind.“

Herr Hülfert ist nicht weniger als ein radikal eingestellter Arbeitervertreter. Wir hatten wiederholt Gelegenheit, sein Polieren mit den Unternehmern unter die kritische Lupe zu nehmen. Die schlimmste muß es in der deutschnationalen Volkspartei auslösen, wenn selbst Hülfert die Fahne der Rebellion erhebt. Ist es schon früher den wenigen Arbeitervertretern, die man aus agitatorischen Gründen in die deutschnationale Reichstagsfraktion aufnahm, nicht leicht gemacht worden, so hat die rücksichtslose Wahrnehmung der rücksichtslossten Unternehmerinteressen selbst landfromme Leute wie Hülfert und Lambach in die Opposition getrieben.

Französische Gewerkschaftsprobleme. Die Einwanderung. — Partei und Gewerkschaften.

Am Dienstag begann in Paris der französische Gewerkschaftskongress, d. h. der Kongress, der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen und in der Confédération Générale du Travail (CGT.) vereinigten Gewerkschaften Frankreichs. Wenn die sogenannte CGU., d. h. der Vereinigte Gewerkschaftsbund, den Moskauer vor jetzt bald 10 Jahren abgepöppelt hat, zwei Tage früher mit keinen Verhandlungen begann, so ist das natürlich kein Zufall, sondern sozusagen Tradition. Der kommunistische Kongress schickt regelmäßig eine Delegation, versehen mit einer langen „Einheitsfrontentscheidung“, dem Kongress der CGU., um diesen zu „entlarven“. Gab es in den ersten Jahren nach der Spaltung oft noch heftige Debatten innerhalb der CGU. darüber, ob und wie man eine derartige Delegation und Entschliessung empfangen soll, so ist man heute darüber hinweg. Im übrigen ist es wahrscheinlich, daß diese, zu sehr mit ihrer „Eubungsaktion“ und der gegenläufigen „Entlarvung“ beschäftigt, diesmal gar nicht zu dem traditionellen Manöver kommen.

Bis heute ist es noch nicht gelungen, in beiden Organisationen zusammen wieder den Mitgliederstand zu erreichen, den die

STAATL. FACHINGEN
Für die Gesundheit!
Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11
Schöneberger Str. 16a. Tel. Lützow 8268-61

Das Philharmonische Orchester.

Warum wir den Fortbestand sichern.

In der Sitzung vom 12. September d. J. hat die Stadtverordnetenversammlung der Magistratsvorlage über die Reorganisation des Berliner Philharmonischen Orchesters zugestimmt. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich geschlossen für die Vorlage eingesetzt, während die Kommunisten in der im Rathaus üblichen Waffenbrüderschaft mit einem Teil der Deutschnationalen und entgegen der Stellungnahme ihres einigermaßen sachverständigen Vertreters im Unterausschuß der Kunstdeputation gegen die Vorlage gestimmt haben.

Es bedarf keiner Ausführungen, daß in unserer Fraktion niemand ist, dem es nicht wichtiger erscheint, für Brot und Wohnungen, für Krankenhäuser und Schulen zu sorgen, als für die Darbietung noch so erlesener musikalischer Genüsse. Wenn unsere Fraktion dennoch ihre Zustimmung nicht verweigert hat, so hat dies seine triftigen Gründe. Das Philharmonische Orchester blüht auf eine ruhmvolle Geschichte von 50 Jahren zurück. Es hat durch seine weltberühmten Leistungen ein Hautverdienst davon, daß Berlin jetzt als musikalische Hauptstadt der Welt anerkannt ist. Seine Darbietungen kommen nicht nur den Wohlhabenden zugute. Durch seine billigen populären Konzerte sind ganze Generationen Berliner zum Musikverständnis und zur Freude an der Musik erzogen worden. Das Eintrittsgeld zu den in den Bezirken mit diesem Orchester veranstalteten Konzerten beträgt kaum mehr als der Preis eines Glases Bier. Es ist also eine lässige demagogische Liebertreibung, wenn die Kommunisten den Fortbestand des Orchesters als eine bloße Luxusangelegenheit der Bourgeoisie hinstellen.

Die schweren wirtschaftlichen Verhältnisse haben das Orchester fast an den Rand des Abgrundes gebracht. Trotzdem die Bezüge der Mitglieder seit Jahren keine Aufbesserung erfahren haben, hat die Bilanz des Vorjahres mit einem Verlust von rund 146 000 M. abgeschlossen. Dies geschah, obwohl das Orchester in den Vorjahren bereits erhebliche jährliche Unterstüßungen von der Stadt, zum kleineren Teil auch von Preußen und vom Reich, erhalten hatte, z. B. im Jahre 1927 einen Betrag von 200 000 M. und im Jahre 1928 einen solchen von 220 000 M. Wegen der unsicheren Lage des Orchesters war es kaum noch möglich, dringend nötige Ersatzkräfte zu bekommen, und es drohte auch das Abwandern wichtiger Mitglieder an auswärtige, wirtschaftlich gesicherte städtische Orchester. Aus vorstehendem geht hervor, daß die Aufrechterhaltung des Orchesters oder mindestens die Erhaltung seiner künstlerischen Höhe ohne durchgreifende Neuorganisationen nicht möglich war. Das Orchester wird in Form einer G. m. b. H. betrieben, deren sämtliche Anteile bisher in den Händen der Orchestermitglieder waren. Von dem auf 114 600 M. erhöhten Stammkapital übernimmt jetzt das Reich einen Betrag von 14 400 M. und die Stadt einen solchen von 43 200 M., von dem später 7200 M. von Preußen übernommen werden sollen.

Die öffentliche Hand hat also die Mehrheit des Stammkapitals und damit die endgültige Entscheidung für alle Streitfragen. Für den aus 13 Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat benennt das Reich 2 und die Stadt 7 Mitglieder, davon 5 Stadtverordnete und 2 Magistratsmitglieder. Ursprünglich waren der Stadt nur 5 Aufsichtsratsmitglieder, davon 3 Stadtverordnete zugestanden worden. Unsere Fraktion hat die Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten auf 5 beantragt und durchgesetzt und damit die maßgebliche Berücksichtigung der städtischen Interessen gesichert.

Zwecks dauernder Unterstützung des Orchesters hat die Stadt mit dem Reich eine Arbeitsgemeinschaft vereinbart. Der Höchstbetrag des jährlichen Zuschusses ist auf 480 000 M. festgesetzt, wovon die Stadt höchstens 360 000 M. und das Reich höchstens 120 000 M. zu tragen haben. Dem Freistaat Preußen ist der Beitritt offengehalten. Im Falle des Beitritts Preußens ermäßigt sich der städtische Höchstzuschuß auf 300 000 M. jährlich. Die jährliche Mehrleistung der Stadt beträgt also bei Berücksichtigung der bisher geleisteten Zuschüsse nicht viel mehr als 100 000 M. Dieser Betrag ist wahrlich im Vergleich mit den Milliardenziffern des städtischen Gesamtetats zu geringfügig, als daß es unsere Fraktion hätte verantworten können, deshalb das bedeutendste deutsche Konzertorchester zugrunde gehen zu lassen und mehr als hundert verdiente Musiker und Angestellte brotlos zu machen. Dies um so weniger, als in den Verträgen dafür Sorge getragen ist, daß die Darbietungen des Orchesters auch den Kinderbemittelten zugute kommen. Es ist dem Orchester die Verpflichtung auferlegt, außer seinen populären Konzerten mit ihrem billigen Eintrittspreise von 1 M. und außer 6 unentgeltlichen Konzerten für Schüler, 20 Volksmusikonzerte und 6 Kammermusikabende zu ganz billigen Preisen zu veranstalten. Getreu unserem Grundsatze, daß für das Volk das Beste gerade gut genug ist, hat unsere Fraktion beantragt und durchgesetzt, daß von diesen Volksmusikonzerten mindestens 6 von dem ersten Dirigenten des Orchesters, Dr. Furtwängler persönlich zu dirigieren sind. Außerdem hat das Orchester unentgeltlich bei den repräsentativen Veranstaltungen der Stadt mitzuwirken.

Die sozialdemokratische Fraktion hat es in zähem Kampfe erreicht, daß im laufenden Jahr 492 Millionen Mark — also etwa die Hälfte der gesamten Ausgaben — für das Wohlfahrts-, Gesundheits- und Schulwesen eingesetzt sind.

Es wäre deshalb geradezu absurd, wenn man ihr den Vorwurf machen wollte, daß sie durch ihre Zustimmung zu der Vorlage die materiellen Lebensbedürfnisse der breiten Massen zugunsten künstlerischer Luxusbedürfnisse vernachlässigt habe, wobei nicht unerwähnt bleiben soll, daß die Ausgaben der anderen deutschen Großstädte für Kunstpflege verhältnismäßig größer sind als die Ausgaben Berlins für diesen Zweck.

Stadtverordneter Dr. Siegfried Weinberg.

Die Bedeutung der Kommunalwahlen. Glänzende Versammlung in Hermsdorf.

Die 138. Abteilung Hermsdorf der SPD. veranstaltete eine öffentliche Versammlung, in der Genosse Friedrich Schiegel über „10 Jahre kommunale Aufbaubarbeit in der Stadt Berlin“ sprach. Der Redner betonte einleitend, daß die Kommunalwahlen ständig an Bedeutung und Interesse gewinnen. Es sei unmöglich, in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit die Fülle von Aufbaubarbeit zu schildern, die die Bezirks- und Stadtverordneten der Sozialdemokratischen Partei in den letzten Jahren in der Berliner Gemeinde geleistet haben. Sabotage von links und Hemmungen von bürgerlicher Seite hinderten oft die Verwirklichung des weitreichenden Programms, das sich die Sozialdemokratie gestellt hat. Der Redner ging dann auf die großen Fragen Berliner Kommunalpolitik ein. Infolge einer weitreichenden, im Interesse der Allgemeinheit getriebenen Bodenpolitik verfügt heute Berlin über einen ansehnlichen Grundbesitz. Die städtischen Güter wurden rentabel gemacht und die Vereinheitlichung des Berliner Verkehrs dank der Initiative der Sozialdemokraten geschaffen. Wenn auch nicht gleich alle Wünsche befriedigt werden konnten, so liegt es jetzt in der Hand der Berliner Bevölkerung, durch richtige Stimmabgabe einen weiteren Ausbau der kommunalen Betriebe zu ermöglichen.

Bei den Wahlen am 17. November wird die wertvolle Bevölkerung den richtigen Gebrauch von ihrem Mitbestimmungsrecht machen. Die Parole heißt: Wählt Sozialdemokraten!

In der anschließenden Diskussion war es ein Leichtes, den Sprecher der SPD. glänzend zu widerlegen. Reicher Beifall bewies, daß die gut besuchte Versammlung mit den Ausführungen des Referenten voll einverstanden war.

Kommunistische Hez.

Für Aufklärung wird gefordert werden.

In der Stadtverordnetenversammlung richtete die sozialdemokratische Fraktion an den Magistrat folgende Anfrage:

In Nr. 179 der „Roten Fahne“ vom 14. Sept. 1929 sind unter der Überschrift „SPD-Schulrat fürchtet die Öffentlichkeit — Standards Vorgänge im Berliner Berufsschulwesen — Anzahl verschleierte demokratische Geldkorruption“ Ausführungen enthalten, die sich unter Nennung von Namen auf zu Unrecht verlangte und bezahlte Untertuenervergütungen und Lehrerhonorare für besondere, vom Deutschen Werkmeisterverband arrangierte Kurse beziehen sollen. Die Lehrerhonorare usw. sollen von leitenden Lehrpersonen der Berliner Fach- und Berufsschulen gefordert worden sein.

Ist der Magistrat bereit, zur Klarstellung der Sachlage folgende Fragen zu beantworten: 1. Welche tatsächlichen amtlich festgestellten Vorgänge liegen den angeführten Zeitungsmeldungen zugrunde? 2. In welcher Weise ist gegen die in dieser Angelegenheit tätig gewordenen Lehrpersonen vorgegangen worden? 3. Ist von dem Ergebnis angestellter Ermittlungen den zuständigen oberbehördlichen Stellen (Provinzialschulinspektion, Handelsministerium) rechtzeitig Mitteilung gemacht worden? 4. Im Falle der Bejahung der Frage 3: Was wurde von den oberbehördlichen Stellen veranlaßt? 5. Wie ist zurzeit der Stand der Angelegenheit? 6. Ist von irgend welchen Persönlichkeiten auf städtische Dienststellen oder dort tätige Personen ein Einfluß ausgeübt worden, der zu einer Verschleierung und Verschleppung der Angelegenheit geführt hat bzw. führen konnte?

Aus den Bezirken.

Die Gestaltung des Etats.

1. Bezirk — Mitte.

Neben verschiedenen kleineren Vorlagen hatte die letzte Bezirksversammlung auch die Vorarbeiten für den Haushaltsplan 1930 zu erledigen. Die Kommunisten, die ihre Anhänger auf die Tribüne kommandiert hatten, fühlten sich so recht in ihrem Element. Unter wüsten Ausfällen gegen die Sozialdemokratie trug der Bezirks- und Stadtverordnete Wlesniewski die in jeder Etatsberatung erhobenen „Forderungen“ der Kommunisten vor. Genosse Riese wies ihnen aber so sachlich und deutlich den Unsinn ihrer Kommunalpolitik nach, daß sie sich nur durch mächtiges Lärmen zu helfen suchten. Die Tribüne mußte geräumt werden, und die kommunistischen Bezirksverordneten folgten ihren Getreuen unter der Erklärung, daß sie auf Verhandlungen in der Dunkelkammer keinen Wert legten. Genosse Riese führte aus, daß man bei jedem Etat zunächst die Frage stellen müsse, wie die angeforderten Mittel aufgebracht werden könnten. Ein einziger Antrag der Kommunisten würde für die Stadt Berlin eine Mehrbelastung von über 300 Millionen Mark bedeuten haben. Dem stünden aus allen von den Kommunisten gemachten Vorschlägen nur Einnahmen von etwa 50 000 Mark gegenüber. Auch die Sozialdemokratie stellt ihre Forderungen, sie hält sich dabei aber im Rahmen des Möglichen; dem sie kann es nicht verantworten, Versprechungen zu machen, die nachher nicht eingehalten werden können, wie es bei den Schreibern von

Der 17. November naht!

Die Arbeit der Wahlvorsteher.

Nicht Wochen trennen uns noch von dem Tage, der für die weitere Gestaltung des kommunalen Lebens der Reichshauptstadt von entscheidender Bedeutung sein wird. Die Berliner Parteigenossen sind überall eifrigst am Werk, den Wahlkampf bestens vorzubereiten. Nachstehend gibt ein „Vorwärts“-Leser Ratsschlüsse für eine Vereinfachung der Abstimmungsarbeiten.

Wiederum nähern wir uns einem überaus bedeutsamen Wahlkampf. Zur Erledigung der Wahlgeschäfte in den einzelnen Abstimmungsbezirken werden sich wieder Hunderte von Berliner Bürgern ehrenamtlich zur Verfügung stellen. Ein Teil von ihnen verstehen diese Arbeit schon viele Wahlperioden hindurch und haben sich gern und opferfreudig bemüht, die ihnen aufgebürdete Arbeit ordnungsgemäß zu erledigen. Leider ist in den letzten Jahren, besonders bei der vorigen Reichstagswahl, die Arbeit der Abstimmungsvorsteher durch Ausfüllung von Statistiken schwer belastet worden. Diese Nebenarbeit hat meiner Meinung nach mit der Feststellung des Stimmenergebnisses nichts zu tun. Die ehrenamtlichen Abstimmungsvorstände sind nur dazu da, das amtliche Resultat festzustellen, aber keine Statistiken zu machen. Wenn derartige Berechnungen notwendig sind, so sollte man diese Arbeiten doch ebenfalls von den Beamten und Angestellten der Bezirksämter, welche sowieso für ihre Tätigkeit an den Wahltagen Extrabehaltungen erhalten, ausführen lassen.

Es gibt aber auch genügend mit statistischen Arbeiten vertraute Arbeitslose.

die sich gern ein paar Mark verdienen würden. Man sollte den „ehrenamtlich“ Tätigen nicht zumuten, nachdem sie schon 10 bis 11 Stunden in den rauchgeschwängerten Wahllokalen zuge-

bracht haben, nun noch weitere Stunden zur Aufstellung statistischer Listen aufzuwenden. Die Abstimmungsvorstände würden es daher begrüßen, wenn der Magistrat ihnen diese Mehrarbeit abnehmen würde.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich nicht verfehlen, noch auf einige andere Mängel aufmerksam zu machen. Nach Beendigung der Wahlen werden die Wahlzellen und Wahlurnen von den Wahllokalen abgeholt. Sie werden dann irgendwo verstaubt und bleiben bis zur nächsten Wahl, mitunter 3—4 Jahre, dem Blick der Welt entzogen. Wie diese Kästen nach ihrer „Ruhezeit“ aussehen, kann sich ein jeder leicht vorstellen. Die Verschraubung des Bodens ist vielfach nur unter größter Kraftanstrengung zu lösen, da die Schrauben vollständig eingerostet sind, und die Anbringungs-möglichkeiten sind oft sehr schwierig. Alle diese Kleinigkeiten bringen am Wahltage leicht Verdrießlichkeiten und hemmen den glatten Verlauf der Abstimmung.

Ich glaube, obige Ausführungen im Sinne vieler Wahlvorsteher getan zu haben. Werden die Mängel abgestellt, so wird eine schnellere Feststellung des Wahlergebnisses der einzelnen Bezirke möglich sein und auch das Gesamtergebnis wird bereits früher vorgelegt werden können. Nicht zuletzt aber wird die durchaus nicht leichte Arbeit der Wahlvorsteher und ihrer Helfer wesentlich erleichtert werden können.

Ausbildungskurse für Arbeiter. In der 13. Berufsschule für Jünelinge, Adlerstraße 67, finden auch im kommenden Winter-Fahrbjahr, wie alljährlich, Ausbildungskurse für Arbeiter statt und zwar Montag und Freitag von 19—21 Uhr. Unterrichtsfächer sind folgende: Englisch, Kurzschrift, Photographie, Radiobau, Preisbesichtigungen und Esperanto. Das Schulgeld beträgt für den Kursus 6,50 M., Freistellen können gewährt werden. Die Kurse beginnen Freitag, den 4. Oktober. Anmeldungen werden täglich von 7—15 Uhr und Montag und Freitag von 19—21 Uhr im Bureau entgegengenommen.



MAGGI'S Würze

hilft in der Küche sparen.

Schon wenige Tropfen geben schwachen Suppen, Soßen, Gemüsen und Salaten kräftigen Wohlgeschmack — Vorteilhaftester Bezug in großer Originalflasche zu R.M. 6.50.

Verlangen Sie ausdrücklich MAGGI'S Würze

